

GRAZER

www.kpoe-graz.at

Stadtblatt



Ausgabe 5, April 2011 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Zeitung der **KPO** Graz

**Es
reicht!**
für alle

Mitgehen!

Großdemonstration von Plattform 25 und ÖGB
Gegen das Belastungspaket

Am Di. 26. April, ab 16.30 Uhr

**Treffpunkt: Opernring Höhe „Künstlerhaus“ – Ring – Jakominiplatz – Herrengasse
– Schlusskundgebung Grazer Hauptplatz**

Auch wenn es die Politik den Veranstaltern von Kinderferien nicht leicht macht: Kinderland Steiermark bietet Buben und Mädchen günstige Kinderurlaube am Turnensee/Kärnten an. Siehe Seite 15.





ARME STEIERMARK: VOVES UND VOLLATH WOLLEN **Keine Butter aufs**

Der Befehl aus Brüssel lautet: Einen Rettungsschirm für den Euro aufspannen. Be-
zahlt werden soll das auf Kosten der Gesundheits- und Sozialsysteme.

Die Folgen der Sparwut. Ein Beispiel.

Die Kürzungen im Gesundheits- und Sozialbereich treffen die Lebensgrundlagen
der Steierinnen und Steirer.

Martina Reichenpfader ist eine zierliche, aktive Frau, die Familie, Partnerschaft und Beruf managt und der die Lebensfreude aus den Augen blitzt. Die hat sie nie verloren, trotz schwerer Schicksalsschläge. Sie hat nie aufgegeben – bis jetzt.

„Wir waren eine Bilderbuchfamilie – zwei Kinder, Beruf, Partnerschaft – viel hat man gemeinsam unternommen. Die Kinder waren sportlich, fuhren Ski, spielten Tennis – besonders Bernd hielt es nicht in der Wohnung.“



Bernd Reichenpfader wird durch das „Sparprogramm“ behindert.

Herzstillstand

Bis zum 10. Jänner 1995. Während des Schulschikurses auf der Frauenalpe erlitt Bernd einen Herzstillstand. Lehrer haben versucht, zu reanimieren, endlos habe es gedauert, bis endlich ein Hubschrauber Bernd ins Krankenhaus Klagenfurt flog. Als Martina eintraf, hatte man ihren Sohn bereits abgeschlossen. Bernd überlebte: im Wachkoma, das vegetative Nervensystem war nicht aktiv, inkontinent, sondenernährt, keinerlei Reaktion, keine Reflexe – wieder schrieb man Bernd ab. Nicht Martina.

Man verlegte Bernd nach Wien, in die Intensivabteilung Rosenhügel, begann Logo-, Ergo- und Physiotherapien. Martina sang, erzählte, brachte Dinge, die Bernd an zu Hause erinnern sollten – drückte und streichelte ihn und Bernd zwinkerte! Die Ärzte sprachen von Reflexen, attestierten einen irreparablen Hirnschaden.

Und doch gab es Fortschritte: Bernd lächelte, wenn die Mutter kam, weinte wenn sie ging – lernte mühsam wieder zu schlucken – man empfahl Martina, nicht mehr zu kommen, einen Platz in einem Pflegeheim zu besorgen – Martina weigerte sich, verschlang Fachliteratur zum Thema Wachkoma, arbeitete unermüdlich mit Bernd, organisierte Therapien, setzte durch, dass Bernd eine Integrationsklasse besuchen konnte. Im Klassenverband, dank engagierter Lehrer blühte Bernd auf, wurde wacher, lachte und lernte täglich Neues dazu.

80-Stunden-Woche

In all ihrem Engagement für Bernd pflegte Martina auch noch sechs Jahre lang ihre demenzkranke Tante, arbeitete 40 Stunden pro Woche, versorgte die Familie – seit 2003 hat Bernd auch eine kleine Schwester – bis im November

2007 die Diagnose Brustkrebs gestellt wurde. Martina hat auch dagegen angekämpft.

Heute ist Bernd in Gratkorn in einer Arbeitsgruppe der Lebenshilfe eingegliedert. Montag bis Freitag 23 Stunden Kreativwerkstatt, dazwischen Therapien – er kann zwar nicht sprechen, ist aber intellektuell in guter Verfassung, liebt Ironie, hat viel Humor und ist gern unter Menschen.

Sie nennen es „Sparen“

Bernd wurden im Jahr 400 Stunden Freizeitassistenten und 600 Stunden Familienentlastung gewährt. Für Martina ist die derzeitige Unsicherheit schlimm: Die Tageswerkstätte hat teilte mit, dass die Arbeitsgruppe aufgrund der Einsparungen gefährdet ist. Auch Freizeitassistenten und Familienentlastung fallen mit der neuen LeistungsVerordnung weg – damit stürzt für Martina die Welt ein.

365 Tage im Jahr braucht Bernd rund um die Uhr Betreuung: ob essen, waschen, an- und ausziehen, Toilette – auch in der Nacht. Die Stunden, in denen Bernd gut betreut wurde, konnte Martina nutzen, um auch den Ansprüchen der 8jährigen Tochter gerecht zu werden: ein Kinobesuch, wandern im Wald, Klettern, Schwimmen, Radfahren, Laufen – all das ist mit Bernd im Rollstuhl unbeschwert nicht möglich. Auch die Partnerschaft kommt dann endgültig zu kurz.

Hilfe gestrichen

Martina ist verzweifelt: da kämpft man erst um das Leben des Sohnes, fördert, sucht geeignete Therapien – auch solche, die selbst zu bezahlen sind, setzt sich ein bis zur Selbstaufgabe – und wenn endlich Erfolg eintritt, dreht man den Hahn zu. Bernd versteht alles, was derzeit passiert – es schlägt auf seine Stimmung, er ist jetzt oft traurig und zornig.

Vom jahrelangen Heben hat Martina Bandscheibenprobleme. Bernds achtjährige Schwester will schnell erwachsen werden: dann kann sie der Mama helfen, Bernd zu heben und zu waschen und die Mama darf sich ausrasten...

...wenn die Landesregierung ihre Kürzungen im Sozial- und Gesundheitswesen wirklich durchsetzt, wird sie das noch lange nicht dürfen, auch nicht, wenn dabei eine ganze Familie kaputt geht und ein liebenswerter Mensch keinen Platz mehr haben darf...

LAND KAPUTTVERWALTEN Brot?

21 Mio. Euro weniger bei der Behindertenhilfe, 9,5 Mio. weniger bei der Jugendwohlfahrt – beim aktuellen Landesbudget zeigt sich schonungslos, dass bei jenen gespart wird, die es ohnehin nicht leicht haben. Das Ziel, die Armut zu bekämpfen, wurde aufgegeben, im Gegenteil: Im Sozial- und Gesundheitsbereich kommt es zu dramatischen Kürzungen.

Den Menschen gefällt das nicht. Am 25. März kamen über 10.000 zur Großdemo nach Graz, am 11. April wurde das Landhaus mit einer Menschenkette umschlossen um gegen die Belastungspolitik zu protestieren. Am 26. April ab 16.30 demonstrieren ÖGB und Plattform 25. KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler: „Es ist zynisch, für

die Schi-WM in Schladming mehr als 150 Mio. Euro locker zu machen und gleichzeitig die Bevölkerung draufzahlen zu lassen“.

Voves und Schützenhöfer leben in einer Kürzungspartnerschaft: Sie werfen das Land sozialpolitisch um Jahrzehnte zurück.

Gerechtigkeit

Die KPÖ drängt auf mehr Gerechtigkeit. Statt der unsozialen Kürzungen soll endlich eine Reichensteuer eingeführt werden. „Von der Reichensteuer, mit der die Voves-SPÖ in die Landtagswahl gegangen ist, ist keine Rede mehr“, prangert die KPÖ-Landtagsabgeordnete eine offensichtliche SPÖ-Lüge an. Die KPÖ wird im Kampf gegen den sozialen Kahlschlag nicht lockerlassen.



Brote streichen statt Sozialleistungen. 5000 Personen beteiligten sich am 11. April an der Menschenkette um das Landhaus zur Verhinderung der Kürzungspläne des Landes im Gesundheits- und Sozialbereich. Zur Stärkung gab es Butterbrote, in Anspielung auf die Drohung der Finanzlandesrätin Vollath, den Leuten die Butter von Brot nehmen zu wollen. KPÖ Wohnungsstadträtin Elke Kahr war beim Brotstreichen dabei.

MEINUNG

Wohnungsstadträtin Elke Kahr

Widerstand ist wichtig

Liebe Grazerinnen und Grazer!

In den letzten Wochen hat Graz große Demonstrationen gegen den Sozialabbau erlebt. Sie haben gezeigt, dass viele Menschen die Arroganz von Politikern nicht mehr hinnehmen, die Millionen für Prestigeprojekte und Privilegien verschwenden und jetzt der Bevölkerung vorwerfen: „Ihr habt über eure Verhältnisse gelebt“.

Die Leute, die schon jetzt jeden Euro zweimal umdrehen müssen, sollen jetzt mit einer unsozialen Politik dafür bestraft werden, dass man Schulden gemacht hat, um die Banken zu retten.

Zehntausende Menschen, die gemeinsam für ihre Interessen und für gerechte Forderungen eintreten, sind eine große Kraft. Sie zeigen, dass es eine Alternative gibt. Sie zeigen den Parteien, dass die Mehrheit der Bevölkerung wichtiger sein sollte als die Bankmanager, die Wirtschaftskammerfunktionäre

und die Glücksspielbetreiber. An der Zukunft unserer Kinder und der jungen Menschen darf man nicht sparen! Es wird nicht leicht werden, diesen anderen Weg auch durchzusetzen. Dazu braucht man Beharrlichkeit und einen langen Atem.

In Graz haben wir gezeigt, dass es auch anders geht, und beim Wohnen eine soziale Handschrift durchsetzen können. Wo ein Wille ist, dort ist auch ein Weg.

Wir haben den Menschen nie goldene Berge versprochen. Aber was wir versprochen haben, haben wir auch gehalten. Jetzt geht es darum, dass alle, die den Belastungskurs von SPÖ und ÖVP ablehnen, zusammenhalten und ihre Kraft zeigen. Die Großdemonstration am 26. April ist die Gelegenheit dazu. Gehen Sie mit!

Ihre Stadträtin Elke Kahr
Elke Kahr Tel. 872 20 60
stadtraetin.kahr@stadt.graz.at



KLEIN, ABER MIT BISS



Der Krieg in Libyen kostet Milliarden Euro. Bei Bomben und Raketen reden die Politiker aber nicht vom Sparen.

AUS DEM INHALT

Maklerprovisionen	4
Was tun mit Kautionen	5
Eine Volksküche für Graz	6
Morgondel stratt Tramway?	7
Amtliche Preisregelung	8
Kindergarten-Privatisierung?	9
Sie schwimmen in Geld	10
Baden in Graz	11
Polit-Einkommen kürzen	13
Euroschirm-Volksabstimmung	14
Ferien mit Kinderland	15
Bankgebühren - Umfrage	16
25 Jahre Tschernobyl	19
Bezirksberichte - Impressum 20/21	
Heraus zum 1. Mai	24

FALSCH BERECHNETE MAKLERPROVISIONEN

„Das ist so üblich“

Im letzten Stadtblatt berichteten wir über einige der beliebtesten Maklerschmähs. Zu hohe Provisionen – seit 1.9.2010 dürfen nur noch maximal ZWEI Monatsmieten verlangt werden – spielten dabei eine zentrale Rolle.

**EINSTIMMIG
Ganz Graz für
Wohnbeihilfe**

Die Stadtregierung hat sich einstimmig gegen die Kürzung der Wohnbeihilfe durch das Land ausgesprochen. Grundlage dafür war eine warnende Stellungnahme des Wohnungsamtes.

Immer mehr Steirerinnen und Steirer können sich Wohnungen auf dem freien Markt – wenn überhaupt – nur noch mit Hilfe der Wohnbeihilfe leisten. Durch die von SPÖ und ÖVP beschlossene Kürzung der Betriebskostenförderung im Rahmen der Wohnbeihilfe um 50% ist ein dramatischer Anstieg an Mietern zu befürchten, die sich ihre Wohnungen nicht mehr leisten können.

Besonders in Graz, wo das Mietzinsniveau besonders hoch ist, wird die Zahl der obdachlosen oder von Delogierung bedrohten Menschen steigen.

Wohnungsstadträtin Elke Kahr (KPÖ) klagt an: *„Das Geld, das den Banken und Konzernen nachgeschmissen wird, holt sich die Steiermärkische Landesregierung bei den Mieterinnen und Mietern, die auf Wohnbeihilfe angewiesen sind.“* Der Grazer Gemeinderat protestierte einstimmig gegen die Kürzungspläne des Landes.

Viele Leserinnen und Leser meldeten sich daraufhin mit Fragen rund um Provisionen und andere Zahlungen an Immobilienmakler an das Büro von Stadträtin Elke Kahr. Dabei wurde eine weitere dreiste Variante der Mieterabzocke durch Immobilienmakler aufgedeckt: Anstatt für die Berechnung der Provision die jeweiligen Nettobeträge für Miete und Betriebskosten heranzuziehen, schlagen manche Makler noch 10% Umsatzsteuer dazu, bevor der Summe weitere 20% Mehrwertsteuer hinzugefügt werden. Obwohl § 24 der Landesregeln für Immobilienmakler klar und deutlich vorschreibt, dass für die Berechnung der Provision „die zu entrichtende Umsatzsteuer nicht in den Bruttomietzins (= Miete + Betriebskosten) einzurechnen“ ist, verdienen sich so manche Makler ein nettes und freilich verbotenes

Provisionen, Kautionen, Vertragserrichtungsgebühren, Miethöhe, Betriebskostenabrechnungen, Ausmalen, etc. Sollten Sie, liebe Leserin, lieber Leser, Fragen zu diesen Themen haben, wenden Sie sich bitte an das Büro von Stadträtin Elke Kahr (Rathaus, 2.Stock, Zi. 235, Tel. 0316/872-2060) oder an die städtische Wohnungsinformationsstelle (Tummelplatz 9, Tel. 0316/872-5450).

Körpergeld von immerhin 10 Prozent der erlaubten Provision hinzu. Stadträtin Elke Kahr: „Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder wissen manche Makler nicht einmal wie man eine Provision berechnet, was mangels verpflichtender Maklerausbildung auch kein Wunder wäre, oder man schafft sich hier auf Kosten von Mieterinnen und Mietern bewusst ein Zusatzeinkommen.“

Konsequenzen hat das praktisch keine. Wer sich nicht meldet, sieht sein Geld nicht wieder. Um mit Immobilien zu makeln braucht man auch in Zukunft keine Ausbildung.

In einem Interview mit der Grazer Zeitschrift „Woche“ erklärte der Fachgruppenobmann der Immobilien-treuhänder, Gerald Gollenz, dass geprüfte Makler künftig wenigstens einen Ausweis bekommen sollen. Dass ein vorgelegter Ausweis oder eine abgelegte Maklerprüfung auch keine Garantien sind, korrekt berechnete Provisionen zu bezahlen, beweist ein „alteingesessenes“ Grazer Immobilienbüro. Dort antwortete man einem künftigen Mieter, der auf die falsch berechnete Provision aufmerksam machte, lapidar: „Das ist so üblich.“



**Demonstration
von Plattform 25
und ÖGB
Gegen das Belastungspaket
Di. 26. April,
ab 16.30 Uhr
Treffpunkt:
Opernring Höhe
„Künstlerhaus“
– Ring – Jakomini-
platz – Herrengasse – Schlusskund-
gebung Grazer
Hauptplatz**

Probleme mit der Kautionschlichtungsstelle hilft

Viele Grazerinnen und Grazer kennen das Problem: Man zieht aus seiner Wohnung aus und wartet vergeblich darauf, die hinterlegte Kautionsauszahlung zu bekommen.

Oft behalten Vermieter die Kautionsauszahlung zu Unrecht ein. Endreinigungen, obwohl die Wohnung besenrein übergeben wurde, Ausmalkosten, obwohl die Wohnung vom Mieter gar nicht ausgemalt werden muss, Reparatur- oder Erneuerungskosten für Dinge, die nur normal abgenutzt wurden etc..., der Erfindungsreichtum mancher Vermieter, wenn es darum geht möglichst wenig von der hinterlegten Kautionsauszahlung zurückzugeben, ist erstaunlich groß. Oft spekuliert man damit, dass sich Mieter nicht auf ein teures Gerichtsverfahren einlassen können.

Seit der Wohnrechtsnovelle vom 1.4.2009 können Mieterinnen und Mieter in solchen Fällen die städtische Schlichtungsstelle im Amt für Wohnungsangelegenheiten anrufen. Dort waren seither ca. 50 Fälle anhängig.

Elke Kahr: „Die meisten Mieterinnen und Mieter sind auf die Auszahlung der Kautionsauszahlung angewiesen, um diese für die neue Wohnung zu hinterlegen. Jene Grazerinnen und Grazer, denen die

Auszahlung der Kautionsauszahlung zu Unrecht verweigert wird, müssen nun in erster Instanz nicht mehr den Gerichtsweg beschreiten, der natürlich mit einem Kostenrisiko verbunden ist, sondern können unentgelt-

lich die Hilfe der städtischen Schlichtungsstelle in Anspruch nehmen.“

Amt für Wohnungsangelegenheiten, Schlichtungsstelle, Alberstraße 12, Tel. (0316) 872-5424

Mieter-Notruf

Tel. 0316 71 71 08

Beratung und Hilfe in allen Wohnungsangelegenheiten. Mit KPÖ-Wohnungsstadträtin Elke Kahr





ZITIERT

„Auch wenn 20.000 Menschen am Grazer Hauptplatz aufmarschieren – ich geh nicht in die Knie“.

Landeshauptmannstellvertreter Siegfried Schrittwieser zu den Protesten gegen das Belastungspaket.



„Die Resolution »Zur nuklearen Sicherheit in Europa« wurde mit 300 gegenüber 264 Stimmen und 61 Enthaltungen abgelehnt.“

Die Mehrheit im EU-Parlament ist für den Ausbau der Kernenergie

„Tatsachen können nur durch Taten geändert werden, nicht durch gebetsmühlenartig wiederholtes Schönreden. Sonst werden dem neu aufgezogenen »Haus Graz« sehr bald die Fundamente wegbröseln und eine Ruine zurückbleiben...“

Gedanken eines ÖVP-Personalvertreters zum Haus Graz.

Schlüsselübergabe in Graz: Wenn es ein gut funktionierendes städtisches Wohnungswesen gibt, übt das auch Druck auf den privaten Wohnungsmarkt aus. Klarere gesetzliche Regelungen bei den Richtwerten wären dennoch von Vorteil.

AUSLAGERUNG DER GRAZER SCHULDEN

GBG: Neuer Name, alte Politik

Als vor Jahrzehnten die städtische Firma GBG gegründet wurde, versprach man: Diese Firma dient dazu, der Stadt Grün- und Bauland zu verschaffen. Deshalb lautete ihr voller Name auch: Grazer Bau- und Grünland Sicherungsgesellschaft.

Die Entwicklung schaut anders aus: Die Stadt Graz

hat ihrer Firma GBG fast das gesamte Immobilienvermögen verkauft und damit kurzfristig Budgetlöcher gestopft.

Von Bau- und Grünland Sicherung ist keine Rede mehr. Im Gegenteil: Die GBG hat schon die ersten Grundstücke an private Unternehmer verkauft.

Jetzt gibt es aber eine Kon-

sequenz. Die Schuldenpolitik wird nicht abgeschafft sondern der Name der GBG geändert. Sie heißt jetzt mit vollem Namen: „Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH“.

Es ist keine Rede mehr davon, dass man Bau- und Grünland sichern will. Ein Zufall?

RAT UND HILFE

Mieterschutzverband

Sparbersbachgasse 61
Tel. 0316 / 38 48 30
(GVB Linie 3 - Rechbauerstraße)
Sprechstunden – Bitte um tel. Voranmeldung!
Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr
Freitag 9.00 – 11.30 Uhr
www.mieterschutzverband.at

GUT ESSEN FÜR ALLE

Eine gute Volksküche für Graz

Günstig und gesund essen für Bedürftige – das könnte leicht möglich sein, wenn die Zentralküche der Stadt zur Volksküche erweitert wird.

Speis und Trank hält Leib und Seele zusammen, heißt es. Leider lässt sich das nicht auf alle Menschen umsetzen. Ein regelmäßiges, warmes und gesundes Essen steht nicht am Speiseplan aller Grazerinnen und Grazer. KPÖ-Mandatarin Uli Taberhofer machte dazu einen Vorschlag: Die Geriatrischen Gesundheitszentren planen, das Essen nicht mehr über die Grazer Zentralküche zu beziehen. Dieses Kontingent von 350 Essen ist für die Zentral-

küche eine wichtige Einnahmequelle. Die Speisen können in bester Qualität zubereitet werden. Um das Angebot weiterführen zu können, ist es erforderlich, neue Kunden außerhalb des Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen zu gewinnen.

„Der Bedarf an einem kostengünstigen und schmackhaften Mittagsmenü ist besonders bei den Menschen groß, die wenig Geld haben“, sagt Uli Taberhofer. Da der Anteil an sozial Bedürftigen in den letzten Jahren stetig gestiegen



foto cc flickr andynash

Neue Aufgaben für die Grazer Zentralküche.

ist, reicht die Kapazität bestehender Einrichtungen (z.B. das Marienstüberl) nicht aus.

Deshalb stellte die KPÖ-Gemeinderätin den Antrag, dass geprüft wird, wie man bei

der Zentralküche die Wiedereinrichtung einer Volksküche durch die Stadt Graz mit kostengünstigen Mittagsmenüs für sozial Bedürftige umsetzen könnte.

AUS DEM GRAZER GEMEINDERAT

Wohnbeihilfe kein Einkommen

Die seit 1. März gültige „Mindestsicherung“ (anstatt der Sozialhilfe) ist nicht nur eine deutliche Verschlechterung für Bezieher/innen. Zusätzlich wird die Wohnbeihilfe als Einkommen gewertet. Dadurch verringert sich die Unterstützung zusätzlich um mehrere 100 Euro jährlich. Das bei Leuten, die schon bisher kaum über die Runden gekommen sind. KPÖ-Gemeinderätin Ina Bergmann forderte, diese Ungerechtigkeit rückgängig zu machen.

Mehr Kindergartenpädagoginnen

In Graz gibt es mit der Bundesbildungsanstalt für Kindergartenpädagogik (BAKIP) für Kindergartenpädagoginnen nur eine Ausbildungsstätte. Die Absolventinnen der BAKIP sind

hervorragend vorgebildet, auch für alle anderen pädagogischen Bereiche. Leider verfügt die Bildungsanstalt nur über begrenzte Kapazitäten. Viele junge Menschen, die den Wunsch haben, sich in diesem Bereich ausbilden zu lassen, können nicht aufgenommen werden. KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch setzte sich dafür ein, das Angebot an Ausbildungsplätzen zu steigern.

Stadt haftet mit 18 Millionen Euro!

18 Millionen Euro: Mit dieser Summe haftet die Stadt Graz für das Thalia-Projekt der Firma ACOTON. Hier ist man dem VP-nahen Unternehmer Gollenz sehr entgegengekommen.

Jetzt will die Firma ACOTON auf dem Andreas-Hofer Platz ein 50-Millionen-Euro-Projekt verwirklichen.

KPÖ-Gemeinderätin Ina Bergmann: „Am Andreas-Ho-



fer-Platz wurde das Baurecht von der Firma Shell an die Firma ACOTON verkauft. Dieser Baurechtsver-

kauf hat den Gemeinderat vor einigen Jahren sehr beschäftigt. Nun will die Firma ACOTON ein Hotel und Veranstaltungszentrum mit Casinobetrieb auf dem Platz errichten. Laut Pressemeldungen ist die Planung gemeinsam mit der Stadtbaudirektion schon fortgeschritten und auch ein Baubeginn bereits ins Auge gefasst.“

Da die Firma ACOTON auch beim Projekt Thalia mit der Stadt einen Baurechtsvertrag hat und dort eine städtische Haftung über viele Millionen erhalten hat, stellt sich die Frage, wie die ACOTON das zusätzliche 50-Millionen-Projekt am Andreas-Hofer-Platz abwickeln wird.



Stadt haftet für Thalia Projekt der der Firma ACOTON

Teure Murgondel statt günstige Straßenbahn?

Fahren mit Bus und Tram wird am 1. Juli wieder einmal teurer. Gleichzeitig wälzt die Graz Holding Pläne für eine Murgondel die 60 Mio. Euro kostet.

drei Prozent oder sechs Cent pro Fahrt. Die Halbjahreskarte verteuert sich in Graz von 186 auf 195 Euro; die Jahreskarte von 336 auf 352 Euro. Auch das Freizeitticket wird teurer. Es kostet rund 9 % mehr (12 statt 11 Euro).

Murgondel geht?

Trotz Finanznöten wälzt man in der Graz Holding – sie ist für die Graz Linien zuständig – Pläne für eine Seilbahn entlang der Mur zwischen Flughafen Graz und Gösting. Knapp 60 Mio. Euro könnte die Murgondel kosten.

„Die Holding-Graz-Spitze soll sich lieber Gedanken machen, wie der öffentliche Verkehr für die Bevölkerung attraktiver

Tariferhöhung bei Linien Graz:			
	2008	2011	plus
10 Fahrtenkarte	15,70	17,60	1,90
Monatskarte	34,-	38,20	4,20
Halbjahreskarte	175,-	195,-	20,-
Jahreskarte	316,-	352,-	36,-

und kostengünstiger gemacht werden kann, statt das Projekt Größenwahn namens Murgondel voranzutreiben“, meint die Grazer KPÖ-Stadträtin Elke Kahr. Tatsächlich hat Graz-Holding-Boss Wolfgang Malik bei den früheren Stadtwerken eine „Task Force“ eingerichtet, um dieses Millionenprojekt Wirklichkeit werden zu lassen.

Elke Kahr: „Während die Bevölkerung für Zeitkarten mehr

bezahlen soll, wälzt man in der Vorstandsetage noch immer große Pläne. Aber der Krug geht solange zum Brunnen, bis er bricht.“ Zur Finanzierung des öffentlichen Verkehrs fordert die KPÖ eine von Unternehmen finanzierte Nahverkehrsabgabe für Bus und Tram nach dem Vorbild der Wiener U-Bahnsteuer.

Jährlich grüßt am 1. Juli das Murmeltier mit einer Tarifierhöhung beim öffentlichen Verkehr. Wie will man die Leute dazu bringen, auf Bus und Tram umzusteigen, wenn das stets teurer wird und man außerhalb von Graz das Angebot noch dazu ausdünnert?“, fragt KPÖ-Gemeinderat Christian Sikora.

Im Juli werden die Tarife für den öffentlichen Verkehr wieder angehoben, um etwa

Linien Graz: Abkassieren bei den Eltern

Einer Schülerin wurde die Geldbörse gestohlen, samt Fahrtausweis. Von der Diebstahlsanzeige bis zur Ausstellung des Ersatzausweises dauert es etwas, genau in dieser Zeit wurde die 14jährige ohne Ausweis erwischt. Bisher war es üblich, dass die Sache nach Vorlage des Ersatzausweises erledigt war. Der Ersatzausweis wurde von der Mutter der Schülerin prompt bei den Graz Linien vorgelegt. Trotzdem bekam sie wenig später eine E-Mail von der Securitas (sie wickelt für die Graz Linien die Kontrollen ab), wonach für die Bearbeitung 10 Euro zu zahlen seien. Man dachte an einen Irrtum, bis ein Brief mit der Aufforderung kam, 70 Euro an Bearbeitungs- und Inkassogebühren zu entrichten!

Nun hofft man auf eine gütliche Regelung. Von dieser Art des Abkassierens bei Eltern von Schulkindern profitieren ja nicht einmal die Linien Graz, sondern nur die „Sicherheits“firmen und Inkassobüros.



Wird die Straßenbahn teurer, weil eine Murgondel finanziert werden will.

SOZIALHILFERECHNER der KPÖ: Rechnen Sie Ihre Ansprüche nach!
INFO TEL. 0316 / 875 5101

<http://www.sozialhilferechner.at>

zuhören. helfen.

Claudia Klimt-Weithaler



TATORT
Arbeitsplatz **BERATUNG**
in Fragen des
ARBEITSLEBENS und BERUFSALLTAGS
jeden **MONTAG** von 16 bis 18 Uhr
in der Lagergasse 98 a - 8010 Graz
oder Tel. **0660 / 1426 080**
E-Mail: glb@glb-steiermark.at
<http://www.glb-steiermark.at/>

GEWERKSCHAFTLICHER LINKSBLOCK **GLB**
GLB-Treffen jeden ersten Mittwoch im Monat
ab 17 Uhr im Karl-Drews-Klub im Volkshaus Graz (Lagergasse 98a)
Mittwoch 4. Mai 2011, 17 Uhr
Sozialwirtschaft als Wirtschaftsfaktor
Referent: Kurt Luttenberger, Arbeiterkammerrat des GLB
<http://www.glb-steiermark.at>



Künstlerhaus in Gefahr

Das Streichkonzert des Landes bringt die Zukunft des Künstlerhauses in Gefahr. Derzeit gehört es zum Universalmuseum Joanneum und wird heuer generalsaniert. Die Joanneum-Leitung will das Künstlerhaus jetzt nach der Renovierung aufgeben. Das bedeutet: Die Zukunft des Hauses am Stadtpark – es gilt als einer der schönsten Ausstellungsräume der Stadt – ist völlig ungewiss. Die dem Haus zugehörigen Künstlervereinigungen – Berufsvereinigung bildender Künstler Steiermark, Sezession Graz, Steiermärkischer Kunstverein - Werkbund, Vereinigung bildender Künstler Steiermark und Künstlerbund – sehen sich nicht in der Lage, das Künstlerhaus zu betreiben.

Das Joanneum streicht auf allen Ebenen und setzt auch die Beschäftigten unter Druck. Sie sollen (Änderungs-)Kündigungen akzeptieren.

Es gibt immer weniger Ausstellungen und kürzere Öffnungszeiten. Nur ein Posten ist unverhältnismäßig groß: Die Kosten für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit.

Teuerung bremsen! Für eine amtliche Preisregelung

Die offizielle Teuerungsrate ist in Österreich auf zuletzt auf 3,1 % angestiegen. Das sagt aber wenig über die Belastung der Masse der Bevölkerung im Alltag aus.

Aussagekräftiger ist das Preisniveau des so genannten „Mikrowarenkorbes“, der überwiegend Nahrungsmittel enthält und den täglichen Einkauf repräsentiert. Dieser erhöhte sich im März binnen Jahresfrist um 4,5 Prozent. Das Preisniveau des "Miniwarenkorb", der einen wöchentlichen Einkauf abbildet und neben Nahrungsmitteln und Dienstleistungen auch Treibstoffe enthält, stieg im Jahresvergleich sogar um 7,3 Prozent!

KURZ GESAGT

FPÖ: Geschäft mit Glücksspiel

Kein Wunder, dass die FPÖ bei der Bekämpfung der Spielsucht auf der Bremse steht. Ihre „Neue Freie Zeitung“ enthält in fast jeder Ausgabe ein ganzseitiges Inserat des Glücksspielkonzerns Novomatic.

Die Grazer KPÖ-Stadträtin Elke Kahr: „Die Regierung darf diesem Inflationssprung nicht tatenlos zusehen! Schließlich machen Wohnen, Energie und Lebensmittel einen Großteil der Teuerung aus“. Sie wies darauf hin, dass die letzten Gehalts- und Pensionserhöhungen die Teuerung bei weitem nicht abdecken. Darüber

hinaus senken die Belastungspakete von Bund, Land und Gemeinden die Einkommen der Bevölkerung.

Elke Kahr: „Die KPÖ fordert deshalb die Wiedereinführung der amtlichen Preisregelung für Grundnahrungsmittel und Energie. Besonders die Tarife und Gebühren sollten eingefroren werden.“



Teuerung: Vor zehn Jahren kostete eine Semmel 1,50 Schilling. Heute verlangt man 33 Cent, umgerechnet 4,40 Schilling.

Während die offizielle Geldentwertung durch statistische Tricks auf 2 Prozent gedrückt wird, liegt sie beim realistischeren „kleinen Warenkorb“ bereits bei 5 Prozent.

Gerade Dinge, die unmittelbar zum Leben gebraucht werden wie Wohnung oder Energie, steigen unverhältnismäßig im Preis. Nach Berechnungen der Armutskonferenz können es sich 330.000 Österreicherinnen und Österreicher nicht leisten, ihre Wohnung im Winter entsprechend zu heizen.

STÄDTISCHE KINDERBETREUUNG

Privatisierung verhindern!

Die Kindergärten könnten aus der Stadt Graz ausgegliedert werden. VP-Stadtrat Eisel-Eiselsberg lässt bereits verschiedene Möglichkeiten prüfen. Dabei geht man wie beim Ausgliederungsprojekt „Haus Graz“ vor. Wie dort soll vor allem das Personal bei den Kindergärten verringert werden.



Das ist eine neuer Anschlag der schwarz-grünen Stadtregierung auf die städtische Kinderbetreuung. Nachdem bereits im Vorjahr einige Vorstöße in diese Richtung – z.B. die Betreuung in der Prochaskagasse an eine private Einrichtung auszulagern – am Widerstand der Opposition gescheitert sind, unternehmen Nagl & Co. einen neuen Anlauf: Ein von VP-Stadtrat Eisel-Eiselsberg angeordneter Projektauftrag mit dem Titel „Qualitäts- und Organisationsentwicklung in der Grazer Kinderbildung und -betreuung“ soll u. a. verschiedene Varianten von Organisations- und Rechtsformen, von der Errichtung eines Eigenbetriebes der Stadt Graz über die Aus-

gliederung in eine GmbH bis zu einem PPP-Betreibermodell in 100%igem Privateigentum untersuchen. Schon im Mai will man „Empfehlungen“ vorlegen. KPÖ-Klubobfrau Ina Bergmann und KPÖ-Familiensprecher Christian Sikora warnen vor einer Privatisierung der Kinderbetreuung. „Wie schon beim Ausgliederungsprojekt „Haus Graz“ soll hier vor allem beim Personal gespart werden. Was das für die Beschäftigten bedeutet, kann man bei der bereits ausgegliederten Holding Graz sehen, wo jetzt die Verschlechterungen für das Personal jetzt spürbar werden“, macht

Bergmann deutlich.

Familiensprecher Sikora weist darauf hin, dass „eine Privatisierung gravierende Nachteile mit sich bringen würde, denn private Betreiber denken in erster Linie an Profit“. Dass unterbesetzte Kinderbetreuungseinrichtungen mit überfordertem, schlecht bezahltem Personal zu einer Qualitätsverbesserung führen können, hält Sikora für ausgeschlossen. „Es ist zu erwarten, dass Kinder mit erhöhtem Förderbedarf bzw. Migrationshintergrund auf der Strecke bleiben. Ein 2-Klassen-System droht.“, so der Familiensprecher der KPÖ.

MEINUNG



Von Peter Scherz,
Arbeiterkammer-
rat des GLB

Millionen für Manager

Die Spitzenmanager der Konzerne verlangen von den Beschäftigten immer wieder Verständnis für die Lage und wollen, dass die Menschen, die nicht so viel verdienen, auf Lohnsteigerungen verzichten. An sich selbst legen die Spitzenmanager andere Maßstäbe an. Die Bezüge des damaligen Magna-Vorstandschefs Siegfried Wolf summierten sich im Vorjahr auf knapp 15,6 Mio. Dollar (11 Mio. Euro) und jene von Co-Chef Don Walker auf 15,7 Mio. Dollar. Das steht in den Unterlagen für die Magna-Hauptversammlung am 4. Mai. Firmengründer Frank Stronach erhielt demnach zu jener rund 1 Mrd. Dollar, mit der er sich die Abgabe der Kontrolle bei Magna vergolden ließ, nochmals 60 Mio. Dollar (42,4 Mio. Euro).

Die Bezüge von Ex-Chef Wolf haben sich im Vergleich zu 2009, als er 5,6 Mio. Dollar bekam, fast verdreifacht.

Diese Leute fordern von uns Arbeitern immer wieder Verständnis für Lohnzurückhaltung und erhöhtes Arbeitstempo ein, sie verhängen Kurzarbeit und manchmal sogar Lohnkürzungen.

Die vorliegenden Millionenzahlungen für Wolf und Stronach sind kein Einzelfall, auch in anderen Konzernen und in den Banken werden in den Chefetagen schon wieder Millionen um Millionen kassiert.

Deshalb hält sich mein Mitleid mit diesen Leuten in sehr engen Grenzen.

meint Ihr Peter Scherz

Betriebsratswahl bei Magna. Graz Thondorf am 26./27. April 2011

GLB – Eine wichtige Stimme

Dafür trete ich ein:
Für mehr Wertschätzung der Kolleginnen und Kollegen – dadurch weniger Stress, weniger Unfälle – mehr Freude an der täglichen Arbeit

Betriebsrätin Hilde Tragler
Logistik – Geländewagen



GLB – Liste 4



Peter Scherz und Hilde Tragler haben im Betriebsrat gezeigt: Sie stehen auf der richtigen Seite, wenn es darauf ankommt. Ihr entscheidet, ob auch in Zukunft diese kritische, konstruktive Stimme im Betriebsrat vertreten ist.



GLB – Eine gute Wahl



Dafür trete ich ein:
Vereinbarkeit von Beruf und Familie – Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich

Betriebsrat Peter Scherz
Instandhaltung – Geländewagen



Zum Bildungsvolksbegehren...

... sprachen wir mit Andreas Fabisch, Bildungssprecher der steirischen KPÖ.

Wirst du das Volksbegehren „Österreich darf nicht sitzenbleiben“ von Hannes Androsch unterschreiben? Was ist deine Meinung dazu?

A. Fabisch: Im Langtext finden sich viele Forderungen, die auch wir seit Jahren stellen: Flächendeckende Angebote an Krabbelstuben, Kinderkrippen und Kindergärten (der Gratiskindergarten sollte allerdings für alle Kinder angeboten werden!); die Schule der 10- bis 14-jährigen wünschen auch wir uns als bestausgestattete, differenzierte Gesamtschule und Ganztagschule

(als bestes Mittel gegen private Nachhilfestunden). Dazu kommt selbstverständlich auch die unbedingte Unterstützung durch SchulpsychologInnen und SozialarbeiterInnen. Eine weitere gemeinsame Forderung wäre die deutliche Erhöhung der Unibudgets (wobei der Wunsch nach dem freien Hochschulzugang im Volksbegehren leider fehlt) und vieles mehr. In einem gravierenden Punkt kann ich allerdings nicht zustimmen: Die Forderung, das Personalmanagement der Schule zu überlassen, halte ich für einen großen Fehler. Letztlich soll also der Direktor für Anstellungen und auch Entlassungen zuständig sein. Unter dem Mäntelchen der Entpolitisierung würde dadurch genau das Gegenteil erreicht. Neuanstellungen kämen dann künftig meistens aus den Vorfeldorganisationen derjenigen Partei, der auch der Schulleiter nahe steht. Diese verstärkte Abhängigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, also der Lehrerschaft, stellt sich für mich



als Entdemokratisierung des Schulalltags dar. Daher werde ich dieses Volksbegehren nicht unterschreiben.

Dem Bild des schulischen „Ortskaisers“ stellt die KPÖ hingegen die Forderung nach dem „Direktor auf Zeit“ gegenüber – eventuelle Wiederbestellung nach fünf oder sechs Jahren!

A. Fabisch: Unbestritten werden personalintensive Verbesserungen im Bildungssystem Österreichs viel Geld kosten. Die zentrale Frage der Finanzierung bleibt aber bis heute offen. Die längst fällige Reichensteuer könnte das Problem lösen. Ob dafür der Großindustrielle und Multimillionär Hannes Androsch Verständnis zeigen wird?

BALL ABGESAGT

Der Ball der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Graz war jahrelang ein Höhepunkt der Grazer Ballsaison. Auch heuer war der Ball als Fest für die arbeitenden Menschen im öffentlichen Dienst fix geplant. Die Graz Holding, die ja die Wirtschaftsbetriebe „inhaliert“ hat, sagte den Ball ab, angeblich um „einzusparen“. Dafür leistet man sich jetzt drei Geschäftsführer...

City of Design: Heiße Luft!

Die Stadt Graz feiert sich gerne selbst: Riesige Transparente am Schlossberg und vor dem Rathaus sollen zeigen, dass wir Unesco City of Design sind. Ein Fest am 2. April gehörte auch dazu. Die Bevölkerung bleibt skeptisch. Was bringt das und was kostet es?

Hellhörig sollte machen, dass sich kreative Köpfe in unserer Stadt über den Design-Wirbel lustig machen. Sie fragen sich, ob man

mit Design den Titel Feinstaub-Hauptstadt vergessen machen kann.

Am Hauptplatz hat jemand ein Plakat mit diesem Text an-

gebracht: „Graz Unesco City of Hot Air.“ Graz als Hauptstadt der heißen Luft!

KPÖ-Stadträtin Elke Kahr: „Die Menschen in unserer Stadt haben andere Sorgen als »City of Design«. Graz schmückt sich mit immer mehr Titeln, aber gleichzeitig werden durch die Belastungspakete auf allen Ebenen der soziale Zusammenhalt gefährdet und zahlreiche Arbeitsplätze vernichtet. Mir geht es darum, dass »Design« Standards für die menschlichen Grundbedürfnisse umfasst.“



Sie schwimmen im Geld

- **Edmund Müller (SPÖ):** Stadtratsbezug über 9.000 Euro, Millionenpension vertraglich gesichert.
- **Hella Ranner (ÖVP):** Millionenkonkurs, Betrugsverdacht
- **Ernst Strasser (ÖVP):** Der 100.000-Euro-Lobbyist aus dem EU-Parlament
- **Ulfried Hainzl (Wirtschaftskammer):** Luxus-Lexus-Dienstwagen-Affäre
- **Alexander Götz (FPÖ):** Luxuspension 13.000 Euro (Politikerpension, Beamter, Grazer Messe)
- **Martin Graf (FPÖ):** 3. Nationalratspräsident: Beim Forschungszentrum Seibersdorf 220.000 Euro Abfertigung plus eine Einmalprämie von 50.000 Euro. Graf: „Es darf kein Armutsgelöbnis für Politiker geben“
- **Karl-Heinz Grasser (FPÖ/ÖVP):** Bereicherung auf allen Ebenen
- **Gerald Grosz (BZÖ):** Zwei Gehälter als Nationalratsabgeordneter und Gemeinderat (Über 10.000 Euro)

Und die Manager von Banken und Industrie? Sie kassieren Millionen. Zusätzlich zu den Gehältern gibt es Bonuszahlungen in Millionenhöhe. **ZWEI BEISPIELE:**

- Der ehemalige Chef des Wiener Flughafens, Herbert Kaufmann, hat noch Anspruch auf Bonuszahlungen von bis zu 165.000 Euro.
- Im Zuge der Schaffung der „Holding Graz“ durch die schwarz-grüne Stadtregierung wurden die alten Vorstandsdirektoren Malik und Messner mit je 200.000 Euro abgefertigt, um danach in die neue Holding übernommen zu werden. Außerdem wurde ein weiterer Vorstandsposten geschaffen.



Badespaß in Graz

Pack die Badehose ein, nimm dein kleines Schwesterlein und nichts wie raus zum Wannsee“, sang Connie Froboess in den 1950ern. Wohin geht man in Graz an heißen Tagen? Hier eine kleine Auswahl an Bademöglichkeiten in und um Graz.

Augarten

25m-Sportbecken mit 5m-Sprungturm, Nichtschwim-

merbereich, Erlebnisrutsche, Kinderareal, Wildbach und vieles mehr mitten in der Stadt.

Bad zur Sonne

25m-Becken, Nichtschwimmerbereich, nette Saunalandschaft, geniale Dachterasse. Das einzige Hallenbad, das zum Freibad werden kann. E: 5,70, K: 3,60.

Margarethenbad

Idyllische Anlage in Geidorf mit 25m-Schwimmbekken und Kinderareal. Beachsoccer, Footvolley- und Beachvolleyballbereiche.



Getrennt in die Sauna

Seit mehr **zwei** Monaten erfreut sich das neue Eggenberger Bad eines guten Zuspruchs. Allerdings wünschen sich viele Stammgäste getrennte Damen- bzw. Herren-Saunaabende. KPÖ-Gemeinderat Christian Sikora setzte sich dafür ein, getrenntes Saunieren wieder zu ermöglichen.

Morgensport im Wasser

Für viele Hobbysportler war das Schwimmen im Bad zur Sonne zur Morgenstunde zwischen 6 und 7 Uhr eine tolle Sache. Im März wurde Früheinheit im Bad zur Sonne zum Leidwesen vieler Morgenschwimmer gestrichen. Für viele Berufstätige ist es nun ein Problem, diese Art Morgensport zu betreiben, so KPÖ-Mandatar Andreas Fabisch. Er beantragte, dass das Bad zur Sonne wieder ab 6 Uhr früh benützt werden kann.

Stukitz

300 m² Spielfläche für Kinder mit Wasserspielen, Sandspielplatz, diversen Kletter- und Kriechtieren. 25m-becken mit Riesen-Wassertieren und Rutsche für jung gebliebene Erwachsene.

Eggenberg

Das neue Hallenbad hat im Frühjahr eröffnet und lockt mit einer großen Halle und einem schönen Wellnessbereich. Das Sportbad ist von Mo bis so von 7 bis 22 Uhr geöffnet, E: 6,70, K: 4,60.

Straßgang

Mit 11.000 m² Wasserfläche größtes Bad in Graz. Anfänger- und Nichtschwimmerbereich, FKK-Zone, viel Liegeplatz.

Bad Weihermühle

Riesige 1,4 ha Wasserfläche, Beach-Volleyball- und Fußballplatz, Kinderspielplätze mit Kinderbecken, Tischtennis, Pit-Pat (Tischminigolf), Wasser-rutsche, Tretboote. Die Anlage wurde 2010 neu eröffnet.

TEURES VERGNÜGEN

„**M**it Tarifierhöhungen verschärft die Stadt Graz die Auswirkungen des Belastungspaketes noch zusätzlich“. Mit diesen Worten kommentierte KPÖ-Gemeinderätin Ina Bergmann die bevorstehende Tarifierhöhung bei den städtischen Freibädern.



Bergmann: „6,70 Euro in Eggenberg bzw. 5,80 in den anderen Bädern für

Erwachsene. Das sind schon geschmalzene Preise. Auch eine Saisonkarte um 154 Euro bzw. 173 Euro (Eggenberg) gehen ganz schön ins Geld.“

Dabei muss man wissen, dass in Graz die Eintrittspreise in die städtischen Bäder schon jetzt deutlich höher sind als in Wien oder anderen Landeshauptstädten.

Well Welt Kumberg

Schöner Badeteich mit Insel in der Mitte, Strand für die Kleinen und Becken für die Kleinsten, viele schattige Liegeplätze, Minigolfplatz.

Naturbad Eggersdorf

Erfrischende Anlage mit Schwimmer- und Nichtschwimmerbecken, Wasser-rutschen, Sprungturm, Beachvolleyballanlage.

Frauengesundheitszentrum Graz

frauengesundheitszentrum



Dick und Fit® – Wassersport für starke Frauen

Im Wasser ist vieles möglich: Die Gelenke sind beweglich, wir laufen, strampeln, haben Spaß und stärken unsere Fitness. Ein Einstieg ist jederzeit möglich.

Anmeldeinfo: regelmäßiger Kurs, ab 3.3. donnerstags jeweils ab 18.00 - 19.00 Uhr

Viele weitere Termine: www.fgz.co.at

AB 2. MAI, 15.18 UHR VOLKSHAUS GRAZ Pflegeberatung der Grazer KPÖ

Ab Mai gibt es eine kostenlose Beratung zu den Anliegen und Problemen Pflegebedürftiger und Pfleger.

2011 eine kostenlose Pflegeberatung durchzuführen.

Stefan Gamsjäger: „Was ich ab 2. Mai 2011 und daraufhin an jedem 1. Montag des Monats zwischen 15 und 18 Uhr im Volkshaus, Lagergasse 98a anbieten kann, ist eine kostenlose und verpflichtungsfreie, 100%-anonyme, individuelle und auf den jeweiligen Fall zugeschnittene ehrenamtliche Pflegeberatung.“

Dabei stehe ich sowohl bei pflegetechnischen Fragen (z.B. wie mach ich die richtige Blutzuckermessung) als auch bei Fragen zum Case-Management (z.B. was mache ich nach dem Krankenhausaufenthalt, wenn ich mich



Stefan Gamsjäger

nicht selbst versorgen kann) zur Verfügung. Hausbesuche sind nach vorheriger Absprache jederzeit möglich.

Seit vielen Jahren handelt die KPÖ Graz nach dem Motto „Helfen statt reden“. Die Sozialberatungen werden von immer mehr Menschen in Anspruch genommen. Um die Beratungsaktivitäten um einen wichtigen Punkt zu erweitern, hat sich der diplomierte Gesundheits- und Krankenpfleger Stefan Gamsjäger zusammen mit Stadträtin Elke Kahr entschlossen, ab Mai

LA MUR

„Rettet die Mur“, die sich gegen die Staufstufe Puntigam ausspricht, hat die Doppel-CD „La Mur“ mit musikalischen Beiträgen heimischer Musiker herausgebracht. Neben vielen anderen Musikern haben Josef Fürpaß, Forenbacher, Sandy Lopicic, Son of the Velvet Rat und Berndt Luef Musik „gespendet“.

Die CD ist ab sofort in der KPÖ Bezirksleitung, Lagergasse 98a, 8020 Graz, Tel. 0316/71 24 79 zum Preis von € 16,- erhältlich.

PFLEGEBERATUNG

im VOLKSHAUS Graz
Lagergasse 98a
jeden 1. Montag im Monat
jeweils 15-18 Uhr
Erster Termin:
Montag, 2. Mai 2011

ÖVP-Kasic: Lobbyist der Glücksspielbranche

Der ÖVP-Abgeordnete Kasic verursacht großen Schaden für das Land. „Die ÖVP muss jetzt re-

agieren und Kasic absetzen!“, sagt KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler.

Nach zähen Verhandlungen hat sich der Landtag letzten Sommer auf eine Erhöhung der Glücksspielabgabe um 460 Euro geeinigt. Auch die ÖVP stimmte zu. Den Vorsitz im zuständigen Ausschuss führte der ÖVP-Abgeordnete Wolfgang Kasic, der gleichzeitig als Wirtschaftskammerfunktionär ausgerechnet die Glücksspielbranche vertritt.

Nun zeigte sich das wahre Gesicht von Kasic. Die Automatenbetreiber haben in einer gemeinsamen Aktion

das neue Gesetz mit einer Flut von Einsprüchen torpediert. Mutmaßlicher Drahtzieher: LAbg. Wolfgang Kasic (Es gilt die Unschuldsvermutung). Dem Land entgehen durch die Verzögerung 20 Millionen Euro an Einnahmen.

„Wenn sich herausstellt, dass Kasic ein Doppelspiel spielt und im Landtag einem Gesetz zustimmt, das er als Kammerfunktionär boykottiert, ist er als Abgeordneter nicht mehr tragbar“, meint KPÖ-Abgeordnete Claudia Klimt-Weithaler.

Am 25. März demonstrierten 10.000 gegen das Belastungspaket. Am 26. April soll eine neuerliche gemeinsame Demonstration der Plattform 25 und des ÖGB die Regierung wachrütteln. Treffpunkt ist im Stadtpark / Künstlerhaus um 16.30 Uhr



ZVP Zentralverband der Pensionisten

SPRECHSTUNDEN

MO. bis FR. von 10 bis 12 Uhr

Lagergasse 98a, 8020 Graz

E-Mail: zentralverband@gmx.at

☎ 0316/ 71 24 80 Voranmeldung erbeten.

Wir helfen bei:

- Anträgen um Pflegegeld
- Antrag für eine „einmalige Unterstützung“
- Pensionsanträgen wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- anderen Problemen

Jeden DO. gemüthlicher Nachmittag im Volkshaus

MINUS 25 %

Politik-Einkommen kürzen!

Die Landesregierung verordnet uns ein Sparpaket, das auf gekürzten Sozialleistungen beruht. Bei sich selbst will die hohe Politik nicht sparen. Das zeigte eine Initiative der KPÖ im Landtag: Sie forderte wieder eine Kürzung der Polit-Gehälter um 30 Prozent. SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne lehnten das ab.

Der Landeshauptmann verdient in der Steiermark 15.504 Euro pro Monat, die Landesräte kommen auf 13.872 Euro, die 56 Abgeordneten rund 5.304 Euro pro Monat. Knapp 7 Mio. Euro zahlt das Land pro Jahr an Bruttogehältern. Entsprechend dem KPÖ-Antrag auf Verringerung könnte das Land mehr als 2 Mio. Euro pro Jahr sparen.

„Politiker sind durch ihre

hohen Bezüge von der Lebensrealität weit entfernt. Sie können die Folgen der Belastungen für Betroffene gar nicht abschätzen. Es muss bei Politbezügen ein nachvollziehbares Verhältnis zu einem durchschnittlichen Arbeitseinkommen geben“, fordert KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler.

Keine Kürzung bei Parteienförderung

LABg. Werner Murgg (KPÖ deckte auf, dass die angekündigte Kürzung bei der Parteienförderung geschwindelt ist. Man hat nämlich am Ende des Wahljahres 2010 erhöhte Beträge ausbezahlt. Dadurch bekommen die Parteien auch nach der Kürzung nahezu gleichviel wie vorher.

REISE:

Zentralverband der Pensionisten

Baška, Insel Krk

13. bis 18. Juni 2011



6-Tages-Fahrt mit Halbpension

€ 295,- pP im Doppelzimmer

Anmeldungen unter

Tel. 0316/71 24 80

E-Mail: zentralverband@gmx.at

MEINUNG

Claudia Klimt-Weithaler,
Landtagsabgeordnete
der steirischen KPÖ



Butterbrot und Kaviar

Ende April will die sogenannte „Reformpartnerschaft“ aus SPÖ und ÖVP dem Land ein Kürzungspaket verordnen, das viele Steirerinnen und Steirer in die Armut treibt und vor allem im Bereich der Pflege und Behindertenbetreuung tausende Arbeitsplätze vernichten wird. Trotzdem macht das Land 425 Mio. Euro neue Schulden. Das sichere die Zukunft unseres Bundeslandes, erklären Landeshauptmann Voves und sein „Partner“ Schützenhöfer.

Eltern von Kleinkindern, Jugendliche mit Lernschwierigkeiten, Menschen in Pflegeheimen, Behinderte – sie alle hätten über ihre Verhältnisse gelebt, erklärt Finanzlandesrätin Bettina Vollath. Diese Menschen hätten „zu viel Butter am Brot“, und diese müsse nun wieder heruntergekratzt werden.

Dabei gibt es in unserem Bundesland tatsächlich Leute, die sehr viel Butter am Brot haben. Dazu zählen die Landespolitikerinnen und –politiker, die ihr Einkommen selbst festlegen können und dabei nur knapp unter der gesetzlichen Höchstgrenze bleiben: 16.000 Euro verdient der Landeshauptmann, nur geringfügig weniger sein Stellvertreter, und mit einem Einkommen von über 13.000 Euro können auch die übrigen Landesrätinnen und –räte noch eine Portion Kaviar auf die But-

ter legen. Als die KPÖ im März im Landtag den Antrag gestellt hat, diese Luxuseinkommen wenigstens um ein Drittel zu kürzen, stimmten alle anderen Parteien ohne Diskussion dagegen.

Ähnlich schamlos wird auch bei der Parteienförderung vorgegangen. Diese werde um 15 Prozent gekürzt, verkündete Landesrätin Vollath vor wenigen Tagen. Wenn man nachrechnet und mit dem letzten Budget vergleicht, kommen Einsparungen von nur zwei Prozent heraus. Wie das geht? Nach der Landtagswahl haben SPÖ und ÖVP einfach eine einmalige Sonderförderung ausgeschüttet, um den Grundbetrag künstlich zu erhöhen. Der fällt jetzt wieder weg, und schon sind wir bei Einsparungen um 15 Prozent.

Auch für „Repräsentationsausgaben“ scheint Geld in Hülle und Fülle vorhanden zu sein, einem KPÖ-Antrag auf Kürzung um ein Drittel konnten SPÖ und ÖVP nichts abgewinnen. FP-Landesregierer Kurzmann schaffte es sogar, nach seinem Amtsantritt in nur zwei Monaten 23.583 Euro für Brötchen und Sekt auszugeben. Kaum vorstellbar, dass bei solchen Summen bei der Butter gespart wurde.

Claudia Klimt-Weithaler
0316 / 877 5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at



**KPÖ – damit wir uns
das Leben wieder
leisten können**

EU-VERTRAGSÄNDERUNG: LÖST KANZLER SEIN VERSPRECHEN EIN?

EU und Euro: Wo bleibt die Volksabstimmung?

Der EU-Vertrag von Lissabon wird in einem wichtigen Punkt geändert. Die Euro-Länder zahlen viele Milliarden an Steuergeldern ein, um ihre Banken vor dem Zusammenbruch zu retten.

Bundeskanzler Faymann hat 2008 versprochen, das Volk über jede wichtige Änderung abstimmen zu lassen. Dieser Fall ist nun eingetreten. Eine Volksabstimmung ist notwendig. Aber Faymann hat sein Versprechen „vergessen“. Österreich muss 2,2 Milliarden Euro in den Topf einzahlen, der für die Unterstützung von Pleiteländern bestimmt ist. Dazu kommen Bürgschaften in der Höhe von 17,3 Milliarden Euro.

Außerdem verpflichtet sich Österreich, das Pensionssystem „anzupassen“ und Gesundheits- und Sozialsysteme herunterzufahren.

Eigentlich müsste Feuer am Dach sein. Die Bundesregierung und Bundeskanzler Faymann haben aber beim EU-Gipfel im März das alles mitbeschlossen und vollstrecken nun brav die Vorgaben der EU-Währungshüter.

Die Banken werden gerettet, wenn Griechenland, Portugal oder Irland zusammenbrechen. Zahlen müssen das die arbeitenden Menschen – und zwar in ganz Europa.

Einmal mehr werden die riesigen Forderungen der Banken der kerneuropäischen Länder abgesichert, die sie bis zu Beginn der Krise den Staaten, Unternehmen und Privatpersonen in der europäischen Peripherie gewährt hatten.

Die Belastungspakete in Bund, Land und Gemeinden hängen eng mit diesen Milliarden geschenken an die Banken zusammen. Die Schulden des Staates steigen deshalb so stark

an, weil man Riesensummen aufgenommen hat, um die Banken zu retten – und damit auch die Millio-nengehälter der Manager.

Die „Rettung“ von Griechenland, Irland und Portugal hat dazu geführt, dass die Wirtschaft eingebrochen ist, weil die Leute nichts mehr kaufen können. Der Euro-Pakt wird mit der „kleinen“ Vertragsänderung zum Teil der Verfassung der EU. Und darüber soll keine Volksabstimmung möglich sein?

Die KPÖ fordert jedenfalls von Bundeskanzler Faymann: Er soll sein Versprechen halten und das Volk befragen.



EURO-STEUER

Mit neuen EU-Steuern will Haushaltskommissar Janusz Lewandowski die Mittel der Union deutlich erhöhen. Der Anteil der eigenen Steuern sollte von derzeit einem Zehntel auf ein Drittel des gesamten Finanzbedarfs von rund 120 Milliarden Euro im Jahr steigen. Die KPÖ lehnt diese Zusatzsteuer ab!

Aus Straß in den Krieg?

Steirische Soldaten könnten in den Libyen-Krieg verwickelt werden. Der Ministerrat hat grünes Licht für den Einsatz gegeben. Die KPÖ protestiert.

Seit 1.1.2011 steht eine 180 Personen umfassende österreichische Bundesheereinheit bereit, um als Teil einer sogenannten „Battlegroup“ auch in kriegerischen Handlungen eingesetzt zu werden. Ausgebildet wurde dieser Verband in der Kaserne Straß. Diese EU-Kampftruppen stehen für Angriffskriege der EU in den rohstoffreichen Regionen Afrikas, des Nahen und Mittleren Ostens bereit.

Die steirische KPÖ betrachtet diese „Schlachtgruppen“ als neutralitätswidrig. Die Grazer KPÖ-Stadträtin Elke Kahr: „Das neutrale Österreich sollte seine Stimme für den Frieden und für einen Waffenstillstand in Libyen erheben, statt sich in ein Kriegsabenteuer zu stürzen.“

www.volkshilfe.at

für industrie und banken millionen fix – für die pflege gibt es nix?

Pflegesicherung jetzt!

- schafft Arbeitsplätze
- sichert soziales Kapital in den Regionen
- belebt die Konjunktur
- entlastet die Gemeinden

volkshilfe.

Kinderurlaub bei Kinderland

Unsere Angebote für Kids stehen auch 2011 wieder unter dem Motto „Sommer, Sonne, Ferien: LOS!“

Wer Abenteuer und Abwechslung sucht und zwischen 6-15 Jahren ist, fühlt sich in unserem Feriendorf am Turnersee Kärnten (nahe Klopeinersee) wie zuhause.

Für alle Kinder zwischen 6-12 Jahren die es etwas ruhiger und familiärer wollen, ist unsere Kinderlandvilla „Richard Zach“ im Luftkurort St. Radegund der richtige Ort.

Es stehen 1-, 2- und 3-wöchige Turnusse zur Auswahl. Zuschussmöglichkeiten von Land, Stadt und BHs verringern die Turnuskosten oftmals um ein Vielfaches. Wir stehen Ihnen gerne in unserem Ferienbüro am Mehlplatz 2 (Schubertkino) im 2. Stock oder unter 82 90 70 oder unter office@kinderland-steiermark.at zur Verfügung.

Spezialangebote Feriendorf:

Wer sich noch nicht so recht alleine 14 Tage in die Ferien fahren traut, aber dennoch mal mit Freunden „abhängen will“ ist in der einwöchigen Actionwoche gut aufgehoben, denn bei täglichen Angeboten wie Klettergarten, Jungleswing, Zelten oder Schlauchraften vergeht die Zeit im Nu. Besonderer Beliebtheit erfreuen sich unsere Reitwochen, auch bei Burschen. Durch den Umgang mit den Islandponys lernen die Kinder nicht nur Reiten sondern auch Verantwortung für ein Tier zu übernehmen.

Mehlplatz 2, 8010 Graz,
0316/829070

www.kinderland-steiermark.at

Ferienziel 1:

Das FERIENDORF am Turnersee in Kärnten (nahe dem Klopeinersee)

Turnusse: 10.7. – 20.8.2011 (ab € 255,-) –
Zuschussmöglichkeiten!!!

Für Kinder von 6 – 15 Jahre

Erlebnisturnusse: 1-wöchig, 2-wöchig oder 3-wöchig

Spezialwochen: Actionwochen, Reitwochen (1-wöchig)

Kombinationen mit Erlebnisturnussen möglich!

Ferienziel 2:

Die RICHARD-ZACH-VILLA in
St. Radegund bei Graz

Turnusse: 16.4. – 22.4.2011 Osterwoche
(€ 159,-) **Zuschussmöglichkeiten!!!**

Turnusse: 17.7. – 30.7.2011 Sommerferien (ab
€ 238,-) **Zuschussmöglichkeiten!!!**

Für Kinder von 6 – 12 Jahre
1-wöchig oder 2-wöchig

kinderland
Steiermark

für Kinder im Alter
von 6 bis 15 Jahren

**Sommer, Sonne,
Ferien: Los!**

1-2 oder 3
Wochen möglich!

St. Radegund am Schöckel
vom 17. Juli bis 30. Juli

Feriendorf Turnersee
vom 10. Juli bis 21. August

Auskunft und Anmeldung:

kinderland
Steiermark

Mehlplatz 2, 8010 Graz
Tel.: 0316 / 82 90 70
Fax: 0316 / 82 06 10

BANKEN: WEG MIT DEN WUCHERZINSEN

Überziehungszinsen und Mahngebühren gesetzlich begrenzen!

SO PLÜNDERN UNS DIE BANKEN AUS:

- Die Schließung von Sparbüchern kostet bis zu € 8,15.
- Die Schließung von Konten (Giro- oder Studentenkonto) kostet bis zu 25,- Euro.
- Änderung bzw. Schließung von Daueraufträgen: bis zu € 3,20
- Bareinzahlung von Erlagscheinen kostet von zwei bis sieben Euro
- Barbehebungen vom eigenen Konto am Schalter: bis zu € 1,90
- Können Lastschriften wegen mangelnder Deckung des Kontos nicht durchgeführt werden, fallen Kosten bis zu sieben Euro an
- Bei Krediten fallen neben den Zinsen noch Bearbeitungsgebühren, Spesen etc. an
- Teuer sind die Kontoführungsgebühren, es gibt hohe Gebühren für Kundenkarten

Die Zinsen und Gebühren für Girokonten sind viel zu hoch. Die Banken geben Zinssenkungen der Europäischen Zentralbank (EZB) nicht in ausreichendem Ausmaß an ihre Kunden weiter. Dazu kommen häufig „versteckte“ Gebühren.

Manche Banken verlangen bis zu 18 Prozent an Überziehungszinsen, Rücklastschriftspesen und Bearbeitungsgebühren. Dazu kommen noch Mahnkosten bis zu 77 Euro.

Die Banken werden mit Milliarden aus Steuergeldern gestützt, der Leitzinssatz der Zentralbank beträgt ein Prozent. Somit bekommen die Banken praktisch zum Nulltarif Geld vom Staat. Auf der anderen Seite bereichern sich die Banken schamlos an ihren Kunden durch hohe Zinsen und Gebühren.

In einem Dringlichkeitsantrag forderte KPÖ-Gemeinderat

Christian Sikora eine gesetzliche Begrenzung der Überziehungszinsen von Girokonten. Diese sollten nur höchstens fünf Prozent über dem Zinssatz der Zentralbank liegen. Außerdem müssten die Bearbeitungsgebühren und Mahnspesen ebenfalls gesetzlich begrenzt werden.

Dieser Antrag wurde vom Gemeinderat der Stadt Graz



Gemeinderat Christian Sikora (KPÖ)

einstimmig beschlossen und in Form einer Petition an den Bundesgesetzgeber, der dafür zuständig ist, übermittelt.

Teuer telefonieren?



Wer telefonieren möchte, kann mit einer SIM-Card monatlich eine Stunde gebührenfrei telefonieren. Ein Netzanbieter bekommt für die 60 Gesprächsminuten

13,81 Euro, wahrscheinlich der teuerste mögliche Tarif.

Die KPÖ schlägt vor, den GIS-Befreiten die 13,81 direkt fürs telefonieren auszuführen, dann kann sich jede/r selbst einen günstigen Tarif suchen. Sonst fließt weiterhin sehr viel Geld, das eigentlich für soziale Schwache bestimmt ist, direkt in die Kassen der Mobilfunkanbieter.

RUNDFUNK- UND TELEFON-GEBÜHRENBEFREIUNG
Befreit sind Personen mit niedrigem Einkommen bis zu einer Grenze von € 888,61 für Alleinstehende und € 1.332,31 für Ehepaare.

Wuchergebühren

Die Vorarlberger Staatsanwaltschaft hat mehrere Mobilfunkbetreiber wegen Sachwucher belangt, weil überhöhte Internet-Gebühren verlangt wurden. Wenn Ihnen ähnliche Fälle bekannt sind, bitten wir um Mitteilung unter 0316 / 71 24 79.

Sagen Sie uns Ihre Meinung und gewinnen Sie!

Mehr Banken-Kontrolle nötig?

Verlost werden T-Shirts und kleine Buch- und Sachpreise.

Die Überziehungszinsen der Banken sollen gesetzlich begrenzt werden

Ja

Nein

Eigene Gedanken und Anregungen:

Ich möchte regelmäßige Informationen von der KPÖ Graz erhalten

Name: _____

Adresse: _____

Falls Sie ein T-Shirt als Preis wollen, bitte Größe angeben (S/M/L/XL)



An das

Grazer Stadtblatt
stadtblatt@kpoe-graz.at

c/o KPÖ-Graz
Lagergasse 98a
8020 Graz

Fax: 0316 / 71 62 91

STUDENTINNENVERTRETUNG: ÖH-WAHLEN, 24. BIS 26. MAI 2011

KSV wählen, gemeinsam kämpfen!

Im Mai finden die Wahlen zur Österreichischen HochschülerInnenschaft statt. Der Kommunistische StudentInnenverband Graz will dabei seine Positionen ausbauen und tritt für eine Fortsetzung der Proteste gegen die bildungspolitische Kaputtsparpolitik ein.

Die SpitzenkandidatInnen des KSV an der KFU Graz: Robert Krotzer und Sahar Mohsenzada. Auch an der Med.-Uni und der TU Graz steht der KSV zur Wahl.



Die zwei Jahre seit der letzten ÖH-Wahl waren eine bewegte Zeit: Immer härter wurden die Studienbedingungen an den Unis, immer schlechter die soziale Lage der Studierenden. Zehntau-

sende Studierende wehrten sich dagegen mit Protestaktionen und Uni-Besetzungen. Der KSV stand in all diesen

Auseinandersetzungen in vorderster Reihe. Robert Krotzer, KSV-Spitzenkandidat an der Karl-Franzens-Universität Graz, über die vergangenen Monate: „Wir KommunistInnen sind Teil der Protestbewegung ‚Uni Graz gehört uns‘, wir haben die Proteste gegen die Kürzungen der Familienbeihilfe mitorganisiert und wir kämpfen derzeit als Teil der Plattform 25 unter anderem gegen die Streichungen bei der Wohnbeihilfe.“

Da in den Schubladen der Regierung und der Industriellenvereinigung bereits massig Pläne für weitere Angriffe auf die Studierenden, die Universitäten und die Freiheit der Wissenschaft liegen, ist der weitere Weg für den KSV vorgezeichnet: „Diese Angriffe abzuwehren, kann und wird nur gelingen, wenn die Studierenden den Weg des Protestes weitergehen und neue, effektivere Widerstandsformen entwickeln“, so die Grazer KSV-Vorsitzende Sahar Mohsenzada. Für den KSV bedeutet das, die Kämpfe

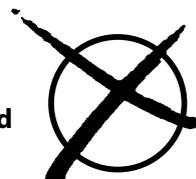
der StudentInnen mit jenen der arbeitenden Bevölkerung und der sozialen Bewegungen zusammenzuführen.

Der Kommunistische StudentInnenverband verbindet dabei konsequente Interessensvertretung für die Studierenden mit einer umfassenden Kritik am kapitalistischen System und hält es ganz mit Albert Einstein, der 1949 festhielt: „Ich bin davon überzeugt, dass es nur einen Weg gibt, die Übel loszuwerden, nämlich den, ein sozialistisches Wirtschaftssystem zu etablieren, begleitet von einem Bildungssystem, das sich an sozialen Zielsetzungen orientiert.“

Der KSV Graz kandidiert an der Karl-Franzens-Universität mit den SpitzenkandidatInnen Robert Krotzer und Sahar Mohsenzada, an der Technischen Universität mit Walter Weiss und an der Medizinischen Universität mit Christopher Ushnig als Listenerstem.



ÖH-Wahl wählen
Kommunistischer StudentInnenverband



THEATERmERZ

Steinfeldgasse 20, 8020 Graz
Telefon: 0316/720172
http://www.theatermerz.com

Mai 2011:
Tanztheater O-DIE: **WIR SIND BEHINDERT - SIND WIR?**
Termin: Fr. 06.05., 20.00 Uhr
(letzte Vorstellung)

WIR EICH-MANNSÖHNE

Lesung mit anschließender Diskussion
Willi Bernhart liest aus dem offenen Brief von Günter Anders an den Sohn von Adolf Eichmann.
Termine: Fr. 13.05.
Fr. 20.05.
Fr. 27.05., jeweils 20.00 Uhr



DR. TOD (Wiederaufnahme)
Performance-Fraktat über den steirischen KZ-Arzt Aribert Heim
Termine: Sa. 14.05.
Sa. 21.05.
Sa. 28.05., jeweils 20.00 Uhr

**Juni 2011:
ELVIS - THE KING**

mit Marinos Kurda und Willi Bernhart
Termine:
Fr. 10.06. • Sa. 11.06. • Fr. 17.06. • Sa. 18.06. jeweils 20.00 Uhr

GrazGendermainstreaming-Boxen: Box-Performance

Termine:
Do. 23.06.
Fr. 24.06.
Sa. 25.06., jeweils 20.00 Uhr



Gastkommentar: Rettet die Mur

Energiekonzerne versuchen uns einzureden, dass der totale Ausbau unserer Mur notwendig ist. Die Angst vor Atomstrom und die Katastrophe in Fukushima werden dabei schamlos ausgenutzt.

Diese beiden Themen haben in der Realität aber herzlich wenig miteinander zu tun. Denn die Stromproduktion Österreichs ist untrennbar mit dem Stromnetz Europas verbunden. „Strom hat kein Mascherl“ sagen Experten, und schon lange können wir uns nicht mehr aussuchen, welcher Strom aus der Steckdose fließt.

In Österreich haben wir noch ein Problem: Fast alle Flüsse in unserem Land sind verbaut. Seit Jahrhunderten tragen sie zur Energiegewinnung bei. Nur mehr 10 km unserer Mur fließen beispielsweise zwischen Leoben und Spielfeld frei.

Dem Fluss jetzt auch noch den letzten Rest an natürlicher Fließstrecke und Lebensraum zu nehmen, bringt uns wenig Strom. Zu wenig, um im steirischen Stromverbrauch ins Gewicht zu fallen - gerade 0,8%. Dafür werden weder die Atomstrom-Leitungen gekappt, noch ein Kohle-

kraftwerk abgedreht.

Da mit auch unsere Kinder noch Natur erleben können, muss der Rest unserer Mur erhalten bleiben. Fukushima sollte uns dazu bringen, Atomstrom auf internationaler Ebene abzuschaffen, unsere letzten Flüsse auf regionaler zu erhalten und Alternativenenergien auf politischer Ebene zu fördern. Der Wunsch nach mehr Gewinn darf hier nicht dominieren.

Clemens Könczöl



www.rettetdiemur.at

VERANSTALTUNGEN

Alle Veranstaltungen, soweit nicht anders angegeben im KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz, Lagergasse 98a.

Do., 28. April, 20:00h:
pro.kino zeigt: F.A.Q. – Frequently Asked Questions. (Ö: 2005, Dokumentarfilm, 85 min. Regie: Stefan Hafner/Alexander Binder)
Im Anschluss an den Film stellt sich Regisseur Stefan Hafner den Fragen des Publikums.



Fr. 6. Mai 2011, 19h
Hörsaal C (06.03), Karl-Franzens-Universität Graz. Linke Geschichtswissenschaft heute. Am Beispiel: Walter Markov. (Seite 19).

Fr. 13. Mai 2011, 19h
Horacio Castellanos Moya liest aus „Der schwarze Palast“
Übersetzung & Gesprächsleitung: **Erich Hackl**
El Salvador 1944, der Zweite Weltkrieg weterleuchtet in der Ferne: Der Kommunist Pericles sitzt wegen seiner kritischen Artikel im Kerker...



Di. 17. Mai 2011 20h
Die Linke und der Sex - Klassische Texte zum wichtigsten Thema.
Präsentation: Barbara Eder & Felix Wemheuer, Herausgeber/innen. Moderation: Philipp Funovits



Do. 26. Mai 2011, 20h
pro.kino zeigt: Gangster Girls.
Ein Dokumentarfilm aus dem Frauengefängnis Schwarza. (Österreich 2008; 79 min; Regie & Konzept: Tina Leisch)
Regisseurin Tina Leisch stellt sich im Anschluss an den Film den Fragen des Publikums.

25 JAHRE TSCHERNOBYL

Das unlöschbare

1978 sprach sich Österreich mit hauchdünner Mehrheit (50,47%) gegen die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Zwentendorf aus.

Die AKW-Befürworter versicherten damals, Unfälle seien praktisch unmöglich. Es dauerte nur bis zum 26. April 1986, bis der Super-GAU eintrat, und zwar in Tschernobyl, im Westen der Sowjetunion,

heute Ukraine. Die durch einen Bedienungsfehler ausgelöste Explosion des Atomreaktors führte zu einer radioaktiven Kontamination, die alle Grenzen und Mauern überwand und weite Teile Europas betraf, darunter auch Österreich.

Nachdem die Gegend geräumt, die Toten der Aufräumarbeiten begraben und man sich an die erhöhte Strahlenbelastung gewöhnt hatte, behauptete man, der Super-GAU wäre praktisch nur dann möglich, wenn die Technologie unter kommunistischer Kontrolle stünde.

Widerlegt wurde diese Annahme, als es im kapitalistischen Hochtechnologieland Japan nach Erdbeben und Tsunami zum mehrfachen Versagen der Sicherheitseinrichtungen im AKW Fukushima kam. Weil die Kernreaktion ein unlöschbares Feuer ist, das bestenfalls gebremst werden kann, kam es in Fukushima gleich in allen sechs Reaktorblöcken zur Atom-

KOSTENGÜNSTIGE HOCHTECHNOLOGIE?

Die Atomindustrie behauptet gerne, Kernkraftwerke wären Hochtechnologie. Tatsächlich sind es simple Dampfkraftwerke, die mit einem extrem gefährlichen Brennstoff geheizt werden, den weder Rauchfangkehrer noch Feuerschutzbeauftragte genehmigen würden. Profitträchtig wird diese Art der Energiegewinnung erst durch Überwälzung der enormen Sicherheits- und Entsorgungskosten auf die öffentliche Hand.

IMMER WIEDER SUPERGAU

Feuer



Der Schlaf der Vernunft gebiert Ungeheuer: Eine japanische Legende erzählt, dass das Monster Godzilla (Gojira) durch radioaktiven Fallout in Meer entstand.

Foto: cc flickr juqbo

katastrophe.

Dabei hatte nach der Weltwirtschaftskrise seit 2008 eine wahre Renaissance der Kernkraft eingesetzt. Nicht nur in

Deutschland wurde die Laufzeiten der AKW verlängert, auch die Laufzeit von Fukushima 1 war erst im Februar 2011 um 10 Jahre verlängert wurden.

Linke Geschichtswissenschaft heute.

Am Beispiel: Walter Markov

Der 1993 verstorbene Historiker Walter Markov kam im Jahr 1909 in Graz zur Welt. Er lehrte in Leipzig, Nsukka und Santiago de Chile, forschte zur Französischen Revolution ebenso wie zur Geschichte der Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt. Hier wird am 6. Mai eine hochkarätige Runde aktuelle Probleme linker Geschichtswissenschaft diskutieren.



Begrüßung: **Ernest Kaltenegger** und **Peter Porsch**

Grüßworte: **Dr. Helmuth Markov**, Sohn von Walter Markov, stellv. Ministerpräsident von Brandenburg, Die Linke

Podium mit: **Dr. Gerald Diesener**, Karl Lamprecht Gesellschaft; Universitätsverlag Leipzig // **Dr. Christian Promitzer**, Institut für Geschichte (Südosteuropäische Geschichte) an der Karl-Franzens-Universität Graz // **Dr. Hans Hautmann**, Univ.-Prof. i.R für Zeitgeschichte an der Universität Linz, Alfred Klahr Gesellschaft // **Mag. David Mayer**, Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Wien // **Moderation:** Dr. Monika Runge, Vorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen

Fr. 6. Mai 2011, 19h

Hörsaal C (06.03), Karl-Franzens-Universität Graz

Eine Veranstaltung des Bildungsvereins der KPÖ-Steiermark

in Kooperation mit Alfred-Klahr-Gesellschaft, Rosa-Luxemburg-Stiftung-Sachsen & Kommunistischem StudentInnenverband

Fr. 17. Juni 2011, 19h

AUSSTELLUNG

Vernissage: Von Judenburg nach

Hollywood. KURT NEUMANN. Redakteur – Schauspieler – Drehbuchautor

Begrüßung: Ernst Kaltenegger, Günter Eisenhut

Einführung: Heinz Trenczak

Musik: Hermann Fritz & Josef Fürpaß

Eine Veranstaltung des Bildungsvereins der

KPÖ Steiermark in Kooperation mit dem Verein

Prenninger Gespräche



Do. 23. Juni 2011, 20h

prol.kino zeigt: Auch Henker sterben - Hangmen Also Die!

(USA 1943; 130 min; Regie: Fritz Lang) Nach dem Attentat auf Heydrich sollen als Vergeltungsmaßnahme 400 tschechische Zivilisten hingerichtet werden...

Weitere Informationen zu Veranstaltungen und Bestellung von Büchern und Broschüren:

KPÖ-Bildungsverein im Volkshaus

Graz • Lagergasse 98a

Tel. (0316) 22 59 31 oder 22 59 32

<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>

BIBLIOTHEK
des KPÖ Bildungsvereins



Tag der offenen Tür:

1. Mai 2011

Öffnungszeiten:

jeden Montag, 15 bis 18 Uhr
Volkshaus Graz, Lagergasse 98a



GRIES



Don Bosco: Kein WC

Beim Nahverkehrsknoten bzw. Bahnhof Don Bosco gibt es kein WC. KPÖ-Gemeinderätin Ina Bergmann: „Die Bestrebungen der ÖBB, alle WCs an kleineren Bahnhöfen zu schließen, lassen keine Hoffnung aufkommen, dass sich die Situation am Bahnhof Don Bosco seitens der ÖBB ändern

wird“. „Da Don Bosco ein stark frequentierter Verkehrsknotenpunkt für Busse und Bahn ist, wäre die Installierung einer WC-Anlage jedoch dringend erforderlich.“ In einer Anfrage im Gemeinderat forderte die KPÖ: Stadt soll mit ÖBB verhandeln, damit dort ein WC errichtet wird.

Schmuckstück in der Grenadiergasse für Grazer Bevölkerung öffnen!



GR Andreas Fabisch (KPÖ) fordert bessere Nutzung der ehemaligen „Waisenhauskaserne“ im Bezirk Gries für Schulraum und Kultur. Der Grazer Bevölkerung wenig bekannt, weil sie durch eine hässliche Mauer versteckt ist, ist das Gebäude der ehemaligen „Waisenhauskaserne“, vor 200 Jahren Unterkunft der Grenadiere – in der Grenadiergasse (Bezirk Gries) nun – in Händen der Landesimmobiliengesellschaft (LIG). Diese Anlage scheint kaum eine adäquate Nutzung zu erfahren. **Andreas Fabisch:** „Die Stadt Graz wird aufgefor-

dert, umgehend mit der LIG in Verbindung zu treten, um hier eine Öffnung im Sinne der Grazerinnen und Grazer zu erreichen. Gerade das rechte Murufer benötigt weiteren zusätzlichen Schulraum, aber auch die kulturelle Szene (z.B. Theatergruppen) könnte hier Unterschlupf finden. Der wunderschöne Vorplatz hat – nach Beseitigung der Begrenzungsmauer – eine bessere Nutzung denn als Autoparkplatz verdient. Hier würden sich Altstadt-schutz, Bildung und Kultur wunderbar verbinden lassen“.

WETZELSDORF



Stadtentwicklung

Der Bürgermeister ruft und sendet seine STEK (Stadtentwicklungsbeamten) aus. Groß und breit findet man eine Pläneausstellung mit anschließender Diskussion vor. Doch man sehe, höre und staune: Man plant ein „neues“ Bezirkszentrum in Wetzelsdorf, genau dort, wo vor kurzer Zeit der „Stadt-vater“ das Bezirksamt, die Bibliothek und letztendlich auch noch die Post, außerhalb des Bezirkes abgesiedelt hat. Zynischer geht nicht. Der Gipfel ist aber, dass die Gemeinde für ein Projekt „Zeit für Graz“ 600.000 Euro bezahlt hatte, in dem die Wetzelsdorfer Bevölkerung an zwei Bürger-versammlungen vehement ein Zentrum genau dort

gefordert hat. Trotz tausender Euro wurde das schon bestehende Zentrum vernichtet, von einem Ausbau gar keine Rede. Dann hört man, dass hinter der Polizeikaserne das riesige Grundstück in ein Wohngebiet umgewidmet werden sollte. Der Sportverein LUV, der aus allen Nähten platzt, hatte dort ursprünglich großes Interesse seine Sportplatz dorthin zu tauschen. Mit dem Land war schon alles besprochen. Doch ein Einspruch der Landwirtschaftsschule wegen wirtschaftlichem Eigenbedarf ließ diesen Tausch platzen. Jetzt wird daraus ein Wohngebiet. Welch schneller Sinneswandel. Die Wetzelsdorfer fühlen sich auf gut „grazerisch“ gefrotzelt.

Günther Leber

STRASSGANG

Fußgänger

Der Fußgängerbereich in der Ulmgasse soll durch einen sickerfähigen, besser begehbaren Belag so gestaltet werden, dass der auch von Eltern mit Kinderwägen benützt werden kann. Damit reagiert die Stadt Graz auf einen Anfrage von **Ina Bergmann (KPÖ)**, die auf die gefährlichen Situationen hingewiesen hat.

Schreiben Sie uns!
KPÖ-Graz, Elke Kahr,
Lagergasse 98a, 8020
Graz, Fax 71 62 91
stadtblatt@kpoe-graz.at

LEND



„Mariahilferplatz neu“

Im Moment wird intensiv an der Neupflasterung des Mariahilferplatzes gearbeitet. KPÖ Bezirksrat Christian Carli hat schon mehrmals auf die Gefahr für Radfahrer und Fußgänger durch den schlechten Zustand der Pflastersteine hingewiesen (siehe letzte Ausgabe des Stadtblatts). Carli: „Es ist sehr erfreulich, dass diesem Zustand jetzt ein Ende bereitet wird.“

ANDRITZ



Wartehäuschen

Seit Jahren warten die Fahrgäste auf ein Wartehäuschen bei der Haltestelle „Gasthaus zum Heimkehrer“ in Andritz. Gemeinderätin Gertrude Schloffer hat das bereits im Jahr 2007 im Gemeinderat gefordert. Bisher ohne Ergebnis. Auf ihre Nachfrage hieß es: „Die GVB heißen jetzt Graz Linien – Wartehäuschen gibt es aber noch immer keines“.

MARIATROST

Verkehrinsel

Beim Billa in der Mariatrosterstraße 138 soll eine Verkehrinsel errichtet werden. Das ist die Reaktion der Stadt auf eine Anfrage von **KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch**. Er hatte im Jänner Maßnahmen gegen die Gefährdung von Fußgängern gefordert, die dort die Straße überqueren wollen.

**INNERE STADT****Kein Baustellengeld**

Die von der Baustelle Murgasse betroffenen Geschäftsleute erhalten von der Stadt keine Ausgleichszahlung für den Geschäftsentgang. Das Stadtmarketing will diese Summen lieber in Werbemaßnahmen stecken.

Feinstaubhauptstadt: Falsches Signal

Als völlig falsches Signal für die Feinstaubhauptstadt Graz wertet KPÖ-Bezirksvorstellvertreter **Franz Stephan Parteder** das Motorsportspektakel in der Grazer Altstadt. Am 28. Mai sollen 4 Sportwagen

vom Schloßbergplatz über den Andreas Hofer Platz bis zum Hauptplatz donnern. Parteder: „Für die einfachen Leute soll es eine Umweltzone geben, die Rennautospektakel-Konzerne dürfen in der Innenstadt trotzdem werben.“

Bauverhandlung Postgebäude

Im Parterre des Postgebäudes in der Neutorgasse wird das AMS einziehen. Deshalb wird der 4. Stock ausgebaut, ohne das Bild der Dächerlandschaft und den Denkmalschutz zu beeinträchtigen. So weit so gut. Als die notwendige Bauverhandlung für diese wichtige Ände-

rung stattfand, waren die Arbeiten dafür bereits im vollen Gang. KPÖ-Bezirksvorstellvertreter **Franz Stephan Parteder**: „Das ist nicht das erste Mal. So hat die Bauverhandlung für das SPAR-Geschäft in der Hans Sachsgasse erst stattgefunden, als es schon in Betrieb war.“

JAKOMIN**Innenhofrundgang**

Der Naturschutzbund und der Bezirksrat

Jakomini haben einen Innenhofrundgang im

Bezirk ins Leben gerufen. Unter anderem wurde ein „revitalisierter Vorgarten“ (Photo) besichtigt: Durch die Entfernung von Betonplatten ist hier eine kleine grüne Oase entstanden. „Insektenhotels“, das sind kleine Nistplätze für Insekten, sollen Lebensraum für diese wichtigen Kleintiere schaffen.

KPÖ-Bezirksrätin **Edeltrud Ulbl-Taschner**: „Es wäre sinnvoll, würde man solche Aktionen auf das ganze Stadtgebiet ausdehnen.“

GEIDORF

Als „nicht schützenswert“ beurteilte die Altstadtsachverständigenkommission das städtebauliche Areal Körösistraße/Lange Gasse. Hier befindet sich aber u. a. ein Haus aus dem 16. Jahrhundert, biedermeierliche Vorstadthäuser, ein über 200 Jahre alter Weinstock, der als Naturdenkmal geschützt ist, sowie eine Vielzahl von Bäumen unterschiedlichster Art. Gegen den Widerstand zahlreicher Anwohner und gegen die Stimmen der KPÖ im

Gemeinderat wurde hier nun ein Bebauungsplan beschlossen, der – trotz einiger Entschärfungen – dieses Kultur- und Naturensemble nachhaltig zerstören wird. KPÖ-Gemeinderat **Manfred Eber**: „Nicht die Profitinteressen, sondern die Menschen sollten im Zentrum der Politik stehen. Mit der Zerstörung dieses Areals verlieren aber die Anwohner an Lebensqualität.“

**Fußbus: Pedibus für Graz**

Viele Eltern, die um die Sicherheit ihrer Kinder fürchten, bringen die Kleinen mit dem Privat-PKW zur Schule. Das ist nicht nur zeitraubend für die Eltern, sondern auch umweltbelastend.

Ein einfaches, kostengünstiges Konzept in Form

eines „Pedibusses“, das in Salzburg, Burgenland, Tirol und auch in einigen Städten in Deutschland und in der Schweiz bereits praktiziert wird, würde da Abhilfe schaffen. Dabei „fährt“ ein Fußgängerbus auf unterschiedlichen Linien, hält sich an Fahrpläne und

stoppt an markierten Haltestellen. Die „Mitfahrenden“ sind



Kindergarten- und Schulkinder, die zu Fuß zur Schule oder in den Kindergarten gehen. Die an den festgelegten Pedibus-Haltestellen Wartenden werden fahrplanmäßig aufgesammelt und gelangen so sicher an ihren Zielort. Gemeinderat **Christian Sikora**: „Die Stadt Graz soll die Umsetzung dieses Konzeptes prüfen.“



foto: pedibus tirol

GRAZER Stadtblatt

Impressum/Medieninhaber: KPÖ Graz, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. 0361 / 71 24 79; Fax 71 35 61. E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at // DVR: 0600008
Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt/Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KPÖ Steiermark

ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Grazer Stadtblatt: Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 71 62 91 E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at

Zum Kotzen

Ich finde, es ist eine Frechheit, dass die Vorstände der Graz-Holding (ehemals Stadtwerke) 14.500 Euro pro Monat bekommen. Auch wenn man die Abzüge bedenkt, bleiben da noch 7000 Euro pro Monat übrig. Was tun diese Leute dafür?

Ich habe mein ganzes Leben lang schwer gearbeitet als Köchin auf Saison mit 16 Stunden pro Tag und dann als Haushaltshilfe. Ich hatte zu Hause zwei Kinder und einen Alkoholiker. Jetzt bekomme ich 490 Euro Pension und 290 Euro Unterhalt. Jede Pensionserhöhung (um 3 bis 6 Euro) wird sofort von der Wohnbeihilfe abgezogen.

Wenn etwas kaputt geht im Haushalt, muss ich mich total verschulden – so wie diesen Oktober. Mein E-Herd war kaputt, die Reparatur kostete 490 Euro, die ich über Monate abbezahlen muss.

Was denken sich Menschen wie Muhr, Messner, Malik (Holding-Chefs), wenn sie ihr Geld aufs Konto bekommen? Oder merken sie das überhaupt nicht mehr, weil ohnehin schon so viel drauf ist?

Manchmal möchte ich nur heulen. Für was lebt man, wenn man sich in der Pension gar nichts mehr leisten kann: Kein Kino, kein Theater, einen Urlaub sowieso nicht. Es ist zum Kotzen, was die da oben mit uns machen.

M. Ziermann, Graz

Millionenabfertigung-Postenschacher Holding

Primär, als Steuerzahler festhalten möchte ich, dass dies alles u. a. auch die nach wie vor horrenden Gehälter, wobei Leistung dafür nicht nachvollziehbar ist, aus Steuergeldern finanziert werden.

Dieses Geld wird den Stadtpolitiker/innen zur Verfügung gestellt, um nach bestem Wissen und vor allen Dingen nach „Gewissen“ damit zu wirtschaften. Dieses Wissen und „Gewissen“ vermisst mich.

Schade, dass die nächste Wahl erst im Jahre 2013 vonstatten geht. Es ist mir schon bewusst, dass dieses Schreiben maximal ein Schmunzeln bei unseren Politiker/innen hervorruft, jedoch sollte man nie unterschätzen, was die Masse eines unzufriedenen Volkes bewirken kann.

H. Silberschneider, 8054

Postkasten und Bahnhofstoiletten

Ich lebe auf einem Biobauernhof in der Oststeiermark und habe vor zwei Monaten meinen Mann verloren. Kontakt zu lieben Menschen ist jetzt lebensnotwendig für mich. Zum Glück gibt es bei uns in „Fußmarschnähe“ ein Postkastl, in das ich Briefe und kleine Sendungen werfen kann...

Manchmal fahre ich mit dem Zug nach Graz, leider sind auf unserem Bahnhof (Studenzen) die Toiletten zugesperrt: eine äußerst ärgerliche Einsparung, wenn ich nach einem langen Fußmarsch am Bahnhof ankomme.

Ich weiß nicht einmal, wo ich mich beschweren kann, es gibt nur mehr irgendwelche Internetadressen – wo sind die verantwortlichen Menschen, wer sind sie?

Danke, Frau Kahr, für Ihren Artikel, und danke, dass Sie und Ihre Partei sich dieser „kleinen“ Dinge annehmen, die im täglichen Leben so wichtig sind!

Mir gefällt auch, dass die KPÖ sich nicht vor unpopulären Themen wie Atomlobby und Spielsucht scheut.

U. Lohmann, Mitterfladnitz

Kürzungen im Pflegebereich

Ich arbeite seit 10 Jahren im Pflege- und Sozialbereich, und mache die Arbeit wirklich gerne. Das Arbeiten mit Menschen ist für mich berührend und herzöffnend.

Leider ist diese Tätigkeit meiner Meinung nach unterbezahlt und dementsprechend besteht die Gefahr von Überbelastung,

Demotivation, Mobbing und Burnout. Wie soll man Menschen helfen, wenn man müde, frustriert und nicht respektiert ist? Personal- und Budgetkürzungen, Krankenstände, wenig Zeit, sich auf Patienten einzulassen – das macht unzufrieden und krank. Es ist ein Kreislauf...

Außerdem besteht bei Stress und Überarbeitung die Gefahr von Unfällen – davor ist niemand gefeit (auch wenn mensch 16.000 Euro monatlich verdient!). Jeder Mensch kann von heute auf morgen im Rollstuhl sitzen und behindert sein, die Problematik betrifft uns alle.

Ich frage mich, ob die Leute, die hinter ihren Schreibtischen sitzen, Gesetze und Kürzungen beschließen, wissen, wieviel Arbeit es ist, einen Menschen zu pflegen. Diese Leute sollten einmal selbst im Pflegebereich tätig sein und dann entscheiden, ob diese Kürzungen gerechtfertigt sind!

Im Grunde ist für uns alle genügend da, es müsste nur gerecht und nicht kapitalistisch aufgeteilt werden.

Susanne Albrecht

Im Schatten des Hochschwab, von J-M. Presterl

Am Dienstag, 3. Mai 2011, um 19 Uhr.

im stadtmuseumgraz / Sackstraße 18 / 8010 Graz



Lesung und Buchpräsentation

Presterl, Josef Martin: Im Schatten des Hochschwab. Skizzen aus dem steirischen Widerstand. Herausgegeben und eingeleitet von Heimo Halbrainer und Karl Wimpler. 376 Seiten. CLIO: Graz 2010 (ISBN: 978-3-902542-09-0), Euro 18,00

Weitere aktuelle Veranstaltungen unter

www.clio-graz.net

WIR sind BETTLER

Ausstellung



Bild aus der Ausstellung: Dont pass me by, J. Schützenhöfer

Ausstellung im Stadtmuseum Graz, Sackstraße 18, 8010 Graz von 15. 4. bis 4.5. 2011

Öffnungszeiten: Di – So, 10 – 18 Uhr

Mit Arbeiten von: Eric Aupol, Delaine Le Bas, Joachim Baur, Ernst M. Binder, Christian Eisenberger, Stefanie Erjautz, Olivia Fürnschuß, Karl Grünling, Peter Gerwin Hoffmann, Zlatko Kopljar, XXKunst-kabel, Claudia Nebel, Norbert Nestler, Friederike Nestler-Rebeau, resanita, Christoph Schlingensiefel, Josef Schützenhöfer, Wolfgang Temmel, Gustav Troger, Theater im Bahnhof, Franz West, Josef Wurm, zweintopf, u.a.

„Wir sind Bettler. Das ist wahr!“ schrieb Martin Luther am 18. Februar 1546, kurz vor seinem Tod. Es ist wahr, wir sind Wesen, die bedürftig sind und es ein Leben lang bleiben. Ein generelles Bettelverbot, wie es in der Steiermark und in Graz am 1. Mai 2011 in Kraft tritt, überschreitet eine humanitäre Grenze, die unberührt bleiben muss. Es muss erlaubt bleiben, um Gaben zu bitten und Gaben zu empfangen.

Die Ausstellung versammelt bestehende und neue künstlerische Positionen zum Thema Betteln und Bettelverbote.

Der Grazer Bernard Shaw

Der berühmte Schriftsteller George Bernhard Shaw hat einen Namensvetter in Graz: Den Briten Bernard Shaw, der schon lange und gerne in Graz lebt, und zahlreiche Kinderbücher veröffentlicht hat. „Bern's Fairy Tales“ beinhaltet Gedichte und Geschichten für „Kinder jeden Alters“. Der 80jährige Bernard Shaw ist noch immer mit großer Freude am Schreiben. Seine Bücher können über www.lulu.com bezogen werden.



KLEINANZEIGEN

Zu verkaufen

Elektro-Euroterm-Radiator, neuwertig, 45cm, 230V 50/60, HZ 2000W, Preis: 40 Euro, Tel: 0316/570 923

Mechanischer Rasenmäher um 10 Euro, Hamsterkäfig mit Zubehör um 5 Euro, tragbare Kühlbox um 3 Euro, klappbare Werkbank Marke Black & Decker um 45 Euro, Tel. 0650/84 612 31



Yamaha XT 350, Baujahr 91, hervorragender Zustand, Pickerl, Service. VB 1800 Euro. Tel. 0664/924 17 67

Gesucht

Hobby-Sängerin sucht kleine 1-2-Zimmer-Küche-Wohnung, max. 400 Euro Miete inkl. BK. Wohnung muss nicht neuwertig sein. Tel: 0664/97 65 363

Familie, Mutter (österreichischer Staatsbürgerschaft) mit 2 Kinder + 2 Hunde sucht dringend eine günstige Wohnung. Übernehme auch Arbeiten für Haus + Garten. Tel: 0664/527 6096

Biete Arbeitskraft

Übernehme Handwerkerarbeiten wie Maler- und Gartenarbeiten, kleine Reparaturen in Haus und Hof in Graz. Ich bin 51 Jahre jung und habe ausreichend Erfahrung. Tel: 0650/444 9834.

Das Stadtteilzentrum Triesterstraße sucht Gebrauchsgeräte:

Für BewohnerInnen der Triestersiedlungen sucht das **Stadtteilzentrum, Triester Straße 66:** Mikrowellen, Computer/Laptop, Waschmaschine von oben befüllbar, Küchen-Unterbaukasten, Fernseher, Fahrräder, Handys, Fernsehkasten, Kelomat... **Rückmeldungen** an das Stadtteilzentrum bitte zu unseren **Öffnungszeiten:** Mo., 15.00-19.00 und Do., 10.00-14.00 Uhr **Tel. (0316) 27 31 12.** E-Mail: office@stadtteilzentrum-graz.at

Wir veröffentlichen kostenlos Ihre Kleinzeige: Grazer Stadtblatt, Lagergasse 98a, 8020 Graz, Fax 71 62 91 stadtblatt@kpoe-graz.at

Beginnen-Projekt

Anti-kapitalistische Frauengemeinschaft sucht **großen, alten Bauernhof** mit landwirtschaftlicher Nutzfläche für solidarische Ökonomie auf gemeinschaftlichem Eigentum. 0699-19055263, www.beginnenhof.at *Nur von privat, keine Makler.*

BRUNCH am Grünanger

Wir treffen uns auf ein spätes Frühstück und einen netten gemeinsamen Vormittag... jeden ersten Donnerstag im Monat **Großes Frühstücksbuffet** (Kostenbeitrag 3,00 Euro) **Nächster Termin: Do. 03. Februar 10:00 - 11:30 Uhr** Andersengasse 32, 8041 Graz, (WIKI Jugendzentrum), Buslinie 34 E, gegenüber Haltestelle Theyergasse

SMZ Liebenau, Tel. 42 81 61 oder 0699 180 84 375

Schach-Training

Der SC Extraherb WS bietet offene Vereinsabende für Schachinteressierte: jeden Donnerstag ab 19 Uhr, Körösistubn. Anfänger und Quereinsteiger: Samstag ab 12 Uhr. Vereinsmitgliedschaft gratis.



RED:OUT, die Lesbian-Gay-Bi-Transgender-Intersexual-Parteigruppe der KPÖ Steiermark, trifft sich jeden ersten Montag im Monat um 18 Uhr in der Traminer Weinstube in Graz, Klosterwiesgasse 2 zu einem offenen Stammtisch. Jede/r ist willkommen!

www.linkewoche.at



www.bauorden.at



Ein besonderer Urlaub!

Menschen helfen durch freiwillige Baueinsätze!
Menschen helfen in der Betreuung junger Menschen!
Menschen helfen in biologischer Landwirtschaft!
Aufgenommen sein bei dankbaren Menschen!
Freizeit und Freude teilen! *All inclusive mit dem Bauorden!*
Erfahrungen sammeln in einem anderen Land!
(West- und Osteuropa sowie Übersee)
2 bis 3 Wochen gemeinsam mit jungen Menschen (von 18 bis 80 Jahre) aus einem anderen Land.
Internationale Freunde gewinnen. Das alles „all inclusive“
Für einen Fahrtkosten- und Organisationsbeitrag

Projektlisten und Information:

„Hilfsverein Österreichischer Bauorden“
Tel. 01 774 9512, E-Mail: bauorden@oebo.at
oder für die Steiermark:
Arch.D.I. Wilfried Stummer 0680 / 3102432



Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer; oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...

Folgende Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins, Grabenstr. 113, Graz, Tel. (0316) 68 42 12.

TIERECKE



Die ausgesetzten Ratten **Cappuchino** und **Sugar** suchen neue Plätze. Sie sind sehr zutraulich.



17 Hasen suchen neue Plätze suchen. Sie wurden nicht artgerecht auf zu engem Raum gehalten.



Welpen **Yollina** ist 5 Monate alt, weiblich, Dackelmischung. Anfangs etwas schüchtern.



Schäfermischlings-Hündin **Toska**, 7 Jahre alt, kinder- und katzenfreundlich. Braucht einen Zaun.



Kinga und **Lena** wollen zusammenbleiben. Die sterilisierten Freigängerinnen sind etwas scheu, brauchen aber eine/n Dosenöffner/in. Eine alte Dame, die ins Altersheim kam, hat sie immer gefüttert.



1. MAI
2011

*Mach deine Wut
zu Widerstand!*



**Umverteilung
Arbeit
Frieden**



Gemeinsame
Demonstration

-25%

1. Mai 2011, 10.30 Uhr

Treff Südtirolerplatz, Route: Hauptplatz – Eisernes Tor

Maifest

ab 13.00 Uhr, im VOLKSHAUS Graz, Lagergasse 98a

Essen und Trinken, Musik: Volxtanz

www.kpoe-steiermark.at

